

Informationen

zur politischen Bildung

1992

aktuell



Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Erklärung von Alma Ata vom 21. Dezember 1991

Die unabhängigen Staaten – die Aserbaid-schanische Republik, die Republik Armenien, die Republik Weißrußland, die Republik Kasachstan, die Republik Kirgistan, die Republik Moldau, die Russische Föderation (RSFSR), die Republik Tadschikistan, die Republik Turkmenistan, die Republik Usbekistan und die Ukraine – geben im Bemühen um

– den Aufbau demokratischer Rechtsstaaten, zwischen denen sich die Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und des Respekts für die staatliche Souveränität und souveräne Gleichheit entwickeln werden;

– das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung, die Prinzipien der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Ablehnung von Gewaltanwendungen und der Drohung damit sowie wirtschaftlicher und anderer Formen der Druckausübung;

– eine friedliche Regelung von Konflikten;

– die Achtung der Menschenrechte und Bürgerfreiheiten einschließlich der Rechte der nationalen Minderheiten;

– gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen und andere allgemein anerkannte Prinzipien und Standards des internationalen Rechts;

– in Anerkennung und Achtung der territorialen Integrität eines jeden und der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen;

– im Glauben, daß die Stärkung der Beziehungen der Freundschaft, guter Nachbarschaft und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen, die tiefe historische Wurzeln haben, dem grundlegenden Interesse der Nationen entspricht und die Sache des Friedens und der Sicherheit fördert;

– im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Erhaltung des inneren Friedens und der Einheit der Volksgruppen;

– in Loyalität gegenüber den Zielen und Prinzipien der Vereinbarung über die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

folgende Erklärung ab:

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft wird gestaltet gemäß dem Grundsatz der Gleichberechtigung mit Hilfe koordinierender Institutionen, die auf paritätischer Grundlage gebildet sind und gemäß den Regeln tätig werden, die die Gemeinschaft – die weder ein Staat noch ein überstaatliches Gebilde ist – vereinbart hat.

Um strategische Stabilität und Sicherheit auf internationaler Ebene sicherzustellen, bleibt das gemeinsame Kommando über die militärisch-strategischen Streitkräfte und eine einheitliche Kontrolle für die Atomwaffen erhalten. Die Parteien respektieren den jeweiligen Wunsch, den Status eines nichtatomaren und (oder) neutralen Staates anzunehmen.

Die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten wird mit der Zustimmung aller Beteiligten offengehalten für Staaten – Mitglieder der früheren Sowjetunion sowie für andere Staaten –, die die Ziele und Prinzipien der Gemeinschaft teilen und sich ihr anschließen wollen.

Bekräftigt wird die unverbrüchliche Verpflichtung zur Kooperation bei der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes sowie europäischer und eurasischer Märkte.

Mit der Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hört die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf zu existieren.

Die Präsidenten der Republiken Aserbaid-schan, Armenien, Weißrußland, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, der Rußländischen Föderation (RSFSR), Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Ukraine.
gez. Unterschriften

Prawda, 23. 12. 1991: deutsch nach Sowjetunion heute/Wostok, Nr. 1. Februar 1992.

Inhalt

	Seite
Erklärung von Alma Ata vom 21. Dezember 1991	1
Armenien	2
Aserbaid-schan	3
Belarus (Weißrußland)	5
Georgien	6
Kasachstan	7
Kirgisien	9
Moldowa	10
Rußland	14
Tadschikistan	16
Turkmenistan	18
Ukraine	19
Usbekistan	20
Wirtschaftliche Probleme der Sowjetunion 1991/GUS 1992	22

Die Mitglieder der Gemeinschaft garantieren gemäß den verfassungsmäßigen Vorschriften die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, die sich aus den Verträgen und Vereinbarungen der früheren UdSSR ergeben. Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sagen zu, die Prinzipien dieser Erklärung strikt zu befolgen.

Armenien

Amtliche Bezeichnung: Republik Armenien

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 29 800 km² (0,1 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Jerewan (1989: 1,125 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Sehr gebirgig.

Klima: Kontinentales Klima, heiße Sommer, mäßig kalte Winter.

Einwohner am 1. 1. 1991: 3,4 Millionen (1,1 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 113,3 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titulnation: Name: Armenier (Eigenbezeichnung: Haik); Sprachgruppe: Indo-europäisch; Religion: Armenisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 93 Prozent; Russen 2 Prozent; Aserbaidshaner (Aseri) 3 Prozent; Kurden 2 Prozent. Von den etwa 8 Millionen Armeniern leben nur 4,6 Millionen in der Sowjetunion, die anderen im Nahen Osten, in den USA, Australien und Frankreich.

Politik

Neuere Geschichte

- 1828 Eroberung des nördlichen Armeniens durch Rußland beendet. Durch Flucht von Armeniern aus türkischen und iranischen Herrschaftsgebieten wird der armenische Bevölkerungsteil im russisch regierten Kaukasus vergrößert, wodurch soziale Konflikte mit der Bevölkerungsmehrheit aus muslimisch-türkischen Aseri entstehen.
- 1915 Genozid an Armeniern in der Türkei.
- 1918 Unabhängiger armenischer Staat.
- 1920 Besetzung durch Rote Armee, Sozialistische Republik. Gebietsabtretungen an Aserbaidshans, Georgien und die Türkei.
- 1922 Zwangsvereinigung mit Georgien und Aserbaidshans zur Transkaukasischen Föderation (bis 1936).
- 1923 Angliederung von Nachitschewan und Berg-Karabach (Nagornyj Karabach) an Aserbaidshans.
- 1936 Unionsrepublik der UdSSR.
- 1988 Armenier demonstrieren in Jerewan für Vereinigung Berg-Karabachs mit Armenien; der Sowjet des autonomen Gebietes beschließt den Austritt aus Aserbaidshans und Anschluß an Armenien, daraufhin Pogrom an Armeniern in Sumgait (Aserbaidshans); Erdbeben, 25 000 Tote.
- 1989 Entsendung von sowjetischen Truppen nach Berg-Karabach.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Präsident: Lewon A. Ter-Petrosjan (seit 16. 10. 1991)
Vizepräsident und Regierungschef: Gagik G. Arutjunjan (seit 22. 11. 1991)
Außenminister: Raffi K. Owanessjan (seit 22. 10. 1991)

Bei den Wahlen zum Republik Sowjet im Mai 1990 setzte sich eine nichtkommunistische Mehrheit durch. Sie ging weitgehend aus den nationalen Kräften hervor, die sich im Zusammenhang mit dem Karabach-Konflikt gebildet hatten (z. B. Karabach-Komitee). Das Parlament erklärte am 23. 8. 1990 die Unabhängigkeit Armeniens, sah aber eine Übergangszeit zur Erlangung der vollen staatlichen Unabhängigkeit vor. Die einst regierende KP trat im November 1990 aus der zentralen KPdSU aus. Die armenische Führung erteilte jeglicher Neubildung der Union (Unionsvertrag) eine Absage. Dafür schien die sowjetische Führung 1991 die Republik mit der Unterstützung Aserbaidshans zu bestrafen, das seinerseits die Bemühung Gorbatschows um die „erneuerte Union“ unterstützte. Nach dem Putschversuch in Moskau löste sich die lokale KP auf.

In einem Referendum am 21. 9. 1991 stimmten über 99 Prozent der Stimmberechtigten für den Vollzug der staatlichen Unabhängigkeit.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Bewaffnete Selbstschutztruppen entstehen infolge des Karabach-Konflikts und der Auseinandersetzung mit Aserbaidshans. Oberster Sowjet der Republik beschließt am 7. 9. 1991 die Aufstellung eigener „Selbstverteidigungskräfte“. Per Präsidialerlaß im Dezember 1991 unterstellt sich der Präsident die in der Republik stationierte 7. Sowjetische Armee. Der Präsident verfügt Abgabe aller illegalen Waffen an das Verteidigungsministerium der Republik. Insgesamt gibt es zurückhaltende Äußerungen zu einer eigenen Militärpolitik. Neben der Aufstellung einer Nationalgarde (zur Zeit 10 000 Mann) wird der Verbleib von GUS-Streitkräften (30 000 Mann) gewünscht, die durch lokale Einberufungspraxis allerdings mit armenischen Wehrpflichtigen aufgefüllt werden sollen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Aufgrund der Auseinandersetzung mit Aserbaidshans um Berg-Karabach gibt es hier ein sehr hohes Konfliktpotential. Ein dramatischer ethnischer Bevölkerungsaustausch findet zwischen Armenien und Aserbaidshans statt: bis 1990 flohen 250 000 Armenier aus Aserbaidshans nach Armenien sowie 150 000 Aserbaidshaner aus Armenien nach Aserbaidshans. Bis heute wird die Zahl der armenischen Flüchtlinge auf 350 000 geschätzt. Dadurch entstehen erhebliche Eingliederungsprobleme. Offene Grenzfragen gegenüber Aserbaidshans und ein historisch gespanntes Verhältnis zur Türkei bergen weitere Konflikte in sich. Auf Grund seiner isolierten Lage ist Armenien durch Blockademaßnahmen von seiten Aserbaidshans höchst verwundbar. (Darstellung des Karabach-Konflikts siehe Aserbaidshans).

Außenpolitische Orientierung

Die militärische Eskalation des Karabach-Konflikts seit November 1991 verhinderte den Ausbau eines armenisch-türkischen Dialoges. Insgesamt handelt es sich um eine schwierige geopolitische Lage. Außenpolitische Orientierung ist heute auf Europa, die GUS und internationale Organisationen gerichtet: Bitte um Aufnahme in den Europarat. Es gibt besondere Beziehungen zu Frankreich und der dortigen armenischen Gemeinde. Unterstützung durch die armenische Diaspora in USA, Westeuropa und im Nahen Osten. Armenien betonte nach Auflösung der UdSSR die Notwendigkeit stabiler zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 15,5 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 1,1 Prozent; BSP pro Kopf: 4710 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 94.

Die Industrieproduktion wurde 1991 durch Ausfall der Energielieferungen aus Aserbaidshans und Georgien weitgehend lahmgelegt.

Lebensverhältnisse

Durchschnittliche Familiengröße 1989	4,7	(UdSSR) (3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	186	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	67 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	68 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	55,9 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	69,0	(64,6)
Frauen	74,7	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	10 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 39 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 19 Prozent; Handel und Verkehr: 19 Prozent; Dienstleistungen 23 Prozent.

der Partokratie. In den Wahlen zum Republikparlament im Juni 1990 konnte das alte Regime die Mehrheit behaupten. Nach dem Moskauer Putsch im August 1991 löste sich die KP auf einem Sonderparteitag selber auf. Mit der „Republikanischen Demokratischen Partei“ gründeten Kommunisten ihre Nachfolgepartei.

Das Parlament verkündete am 30. 8. 1991 die staatliche Unabhängigkeit. Vor allem wegen militärischer Mißerfolge der aserbaidshanischen Seite im Karabach-Konflikt mußte der inzwischen zum Präsidenten gewählte Mütalibow am 6. März 1992 dem Druck der Opposition weichen. Die Regierungsgewalt übernahm ein interimistischer Staatsrat bis zu den für Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen. Als dann aber das von Exkommunisten dominierte Parlament erneut Mütalibow mit der Staatsführung ermächtigte und dieser den Ausnahmezustand verhängte und die Präsidentschaftswahlen aussetzte, wurde das Regime durch eine von der Volksfront geführten Massenopposition im Mai 1992 gestürzt. Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich der Vorsitzende der Volksfront, Ebulfez Elcibey, durch.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Im Oktober 1991 wurde das Gesetz über eine nationale Selbstverteidigungstreitmacht verabschiedet. Demzufolge wurden 140 000 aserbaidshanische Wehrpflichtige außerhalb der Republik zurückberufen und ein Verteidigungsministerium gebildet. Nationale Milizen fordern die Herausgabe von Waffen. Stärke der Milizen ist unbekannt, aber insgesamt ist ein hoher Grad der Bewaffnung in der Bevölkerung festzustellen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Das sehr hohe Konfliktpotential in Folge des Karabach-Problems wurde durch aserbaidshanische Flüchtlinge aus Armenien verschärft. Grenzfragen: Die sowjetisch-iranische Grenze teilt den aserbaidshanischen Siedlungsraum; in Nordwest-Iran leben 8–10 Millionen Aseri; Wiedervereinigungsbestrebungen existieren, treten aber deutlich hinter den aserbaidshanischen Kampf um Erhalt der „territorialen Integrität“ in Hinsicht auf Berg-Karabach zurück; offene Grenzfragen gegenüber Armenien und gegenüber Georgien. Innerhalb der Republik gibt es Spannungen mit ethnischen Minderheiten.

Chronologie des Karabach-Konflikts:

Februar 1988: Der Sowjet des autonomen Gebiets beantragt den Transfer aus aserbaidshanischer in armenische Hoheit. Daraufhin und auf die vorherige Vertreibung von Aseri aus dem Gebiet kommt es in Aserbaidshan zu Massakern an der armenischen Minderheit vor allem in der Stadt Sumgait.

Sommer 1989: Die Souveränitätserklärung des aserbaidshanischen Parlaments erklärt Berg-Karabach zum untrennbaren Bestandteil Aserbaidshans. Aserbaidshanische Blockademaßnahmen gegen Armenien und Karabach sollen den armenischen Verzicht auf territoriale Revision erzwingen.

Januar 1990: Sowjetische Militärintervention in Aserbaidshan.

Sommer 1991: Sowjetische Verbände beteiligen sich an Deportationsaktionen gegen armenische Siedlungen im aserbaidshanischen Grenzgebiet zu Armenien und zu Berg-Karabach.

Winter 1991: Mit dem ungeklärten Absturz eines aserbaidshanischen Hubschraubers über armenischem Territorium beginnt eine weitere Eskalationsphase. Es folgen Massendemonstrationen mit der Forderung nach Generalmobilmachung. Ende November hebt Baku den autonomen Status von Berg-Karabach auf. Dagegen erklärt sich das Gebiet am 10. 12. 1991 zu einer unabhängigen Republik.

Februar 1992: Verbände der Aseri steigern den militärischen Druck auf Berg-Karabach. Armenische Verbände bringen das ganze umstrittene Gebiet bis auf die Stadt Schuscha unter ihre Kontrolle. Am 26. 2. nehmen sie die aserbaidshanische Stellung in Chodschalj ein. Dabei kommt es nach aserbaidshanischer Darstellung zu einem Massaker an der Zivilbevölkerung. In der Türkei wächst der Druck auf die Regierung, den „Blutsbrüdern in Aserbaidshan gegen armenische Aggression“ beizustehen.

Mai 1992: Armenische Verbände erobern mit Schuscha die letzte aserbaidshanische Stellung in Karabach. Danach bringen sie den aserbaidshanischen Gebietsstreifen, der Berg-Karabach von Armenien trennt, bei der Stadt Latschin unter ihre Kontrolle, durchbrechen damit die Blockade gegen das Gebiet und sichern seine Versorgung auf dem Landwege. Armenische Angriffe auf Nachitschewan

provozieren internationalen Protest gegen gewaltsame Grenzveränderungen und eine drohende Haltung der Türkei.

Juni 1992: Eine Woche nach der Wahl Elcibeys zum Präsidenten Aserbaidshans (7. 6.) beginnt eine aserbaidshanische Großoffensive gegen armenische Stellungen im Norden Karabachs.

Außenpolitische Orientierung

Aserbaidshan zeigt eine enge Anlehnung an die Türkei, die durch den Konflikt mit Armenien verstärkt wurde. Historisch sind die schiitischen Aseri aber auch dem Iran und der dortigen aserbaidshanischen Minderheit verbunden. Aserbaidshan wird Mitglied der projektierten „Schwarzmeer-Gemeinschaft“ mit der Türkei als Eckpfeiler sein. 1992 wurde es Mitglied der islamischen Staatenorganisation (Islamische Konferenz). Außerdem bestehen Beziehungen mit verschiedenen europäischen und asiatischen Ländern. Mitglied der KSZE. Gegenüber der GUS nimmt Aserbaidshan ein zunehmend distanzierteres Verhältnis ein. Es gilt zwar als Mitglied der Gemeinschaft, hat aber das Beitrittsdokument zur GUS bislang nicht ratifiziert. Präsident Elcibey fordert, Aserbaidshan solle möglichst bald aus der GUS austreten.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttozialprodukt (BSP) 1989: 26,3 Milliarden US- $\text{\$}$; Anteil am BSP der UdSSR: 1,8 Prozent; BSP pro Kopf: 3750 US- $\text{\$}$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 75.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989	4,8	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	175	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	71 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	53 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	55,1 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	66,6	(64,6)
Frauen	74,2	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	20 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 26 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 34 Prozent; Handel und Verkehr: 20 Prozent; Dienstleistungen: 20 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

2 Prozent der Ölförderung der UdSSR; Lagerstätten nahezu erschöpft. 1 Prozent der Gasförderung der UdSSR.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Eisen- und Stahlerzeugung, Petrochemie, spezialisierter Maschinenbau (Erdölaustrüstungen), Radio- und Fernmeldetechnik, Gerätebau, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 76; Getreideerzeugung 1 Million t; Import 2 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 66 Prozent.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Weintrauben (25 Prozent) und bei Obst. Hauptzweig des Pflanzenanbaus ist Baumwolle (etwa 9 Prozent des UdSSR-Werts), daneben Getreideanbau, Schafhaltung, Fischfang im Kaspischen Meer (Stör).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei metallurgischen Produkten und Maschinenbauerzeugnissen; zwei Drittel des verbrauchten Getreides müssen importiert werden. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Öl und Gas sowie Erzeugnisse der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie. Aserbaidshan strebt Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei an; von dort sollen gegen Erdöl Konsumgüter bezogen werden.

Ökologie:

Verschmutzung des Kaspischen Meeres durch Ölförderung, was Fischfang beeinträchtigt. Außerordentlich hohe Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft.

Belarus (Weißrußland)

Amtliche Bezeichnung: Republik Belarus

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 207 800 km² (0,9 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Minsk (Minsk) (1989: 1,6 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Flachland, große Moore und Sümpfe.

Klima: Milde Winter, mäßig warme Sommer.

Einwohner am 1. 1. 1991: 10,3 Millionen (3,6 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 49,4 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Name: Weißrussen (Eigenbezeichnung: Bjelarus); Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 78 Prozent; Russen 13 Prozent; Polen 4 Prozent; Ukrainer 3 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1795 Der größte Teil Weißrußlands kommt im Zuge der dritten polnischen Teilung an Rußland.
- 1919 Das westliche Weißrußland fällt im Versailler Vertrag an Polen. Proklamation der Sozialistischen Sowjetrepublik.
- 1922 Gründungsmitglied der Sowjetunion.
- 1937–39 Hohe Opfer durch stalinistischen Terror.
- 1939 Anschluß des zu Polen gehörenden Teils Weißrußlands an die Weißrussische SSR als Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes.
- 1941–44 Krieg und deutsche Besetzung; enorme Bevölkerungsverluste.
- 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Westverlagerung der Grenze an die Curzon-Linie; Umsiedlung von 1,5 Millionen dort lebender Polen in die ehemals deutschen Gebiete.
- 1989 Gründung einer weißrussischen Volksfront.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Parlamentspräsident: Stanislaw S. Schuschkjewitsch (seit 18. 9. 1991)

Regierungschef: Wjatscheslaw F. Kebitsch (seit 7. 4. 1990)

Außenminister: Pjotr K. Krawtschenko (seit 17. 7. 1990)

Nach den Parlamentswahlen 1990 war Weißrußland die am konservativsten regierte Republik mit einer Mehrheit kommunistischer Funktionäre in Parlament und Regierung. Allerdings kam es zur Spaltung der KP mit der Bildung eines Demokratischen Blocks und erheblichem Verlust an Mitgliedern. Einen Wendepunkt in der innenpolitischen Entwicklung bildete eine Streikbewegung, die im April 1991 anlässlich der ersten deutlichen Preiserhöhungen in der Sowjetunion ausbrach. In kurzer Zeit entwickelte sich eine unabhängige Arbeiterbewegung, die nun auch mit politischen Parolen gegen die Partokratie auftrat. Nach dem Putschversuch in Moskau 1991 löste sich der Parteiapparat auf. Das Parlament verabschiedete am 25. 8. 1991 eine Unabhängigkeitserklärung Weißrußlands. Zum Vorsitzenden des nach wie vor von den alten Parteikadern besetzten Obersten Sowjet wurde der außerhalb des Parteiestablishments stehende Stanislaw Schuschkjewitsch gewählt. Aus dem Treffen der Staatsoberhäupter Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine am 7.–8. Dezember 1991 in Minsk ging dann die Gründung der GUS hervor. Bis heute hat Belarus als einziger GUS-Staat kein Präsidialsystem.

Die nationalistische Komponente ist in Weißrußland schwächer ausgeprägt als in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. 1989 bildete sich eine „Volksfront“, die für eine eigenständige Sprachenpolitik und Geschichtsschreibung eintrat. Mobilisierend wirkte der ökologische Schock nach Tschernobyl. Seit 1990 bildeten sich einige andere Parteien und parteiähnliche Gruppierungen (Bauernpartei, Sozialdemokraten, Christdemokratischer Bund, Nationaldemokratische Partei unter anderem). Die suspendierte KP gründete sich im

Dezember 1991 als „Partei der Kommunisten Belarus“ neu. Daneben entstand eine andere neobolschewistische Gruppierung unter Führung des ehemaligen Ideologiechefs Tschikin. Wichtigstes innenpolitisches Anliegen der demokratischen Opposition ist gegenwärtig die Forderung nach baldigen Parlamentsneuwahlen.

Strategische Nuklearwaffen

Zwei Basen mobiler Interkontinentalraketen vom Typ SS 25 mit 54 Trägersystemen und 54 Sprengköpfen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Verfassungsziele: neutraler und nuklearwaffenfreier Staat, Recht auf eigene Streitkräfte; Parlament beschloß Mitte Januar 1992 die Unterstellung der nicht strategischen Truppen der Sowjetarmee unter weißrussisches Kommando. Bis 1994 sollen die strategischen Nuklearwaffen außer Dienst gestellt und bis zum Jahre 2000 vernichtet werden. Die taktischen Nuklearwaffen wurden nach Rußland abgezogen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Gebietsansprüche bestehen zwischen Weißrußland und Litauen. Unter ethnischen Gesichtspunkten gibt es keine klare Grenzziehung zu Rußland, zur Ukraine und zu Litauen. Das Parlament hat allerdings den Verzicht auf Grenzrevisionen erklärt.

Außenpolitische Orientierung

Bilaterale Beziehungen mit Staaten Ostmitteleuropas (Polen, Ungarn) sind vereinbart und werden mit westlichen Staaten angestrebt.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 60,8 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 4,2 Prozent; BSP pro Kopf: 5960 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 119.

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau 40 Prozent; Land- und Forstwirtschaft 22 Prozent; Handel und Verkehr 20 Prozent; Dienstleistungen 18 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Große Torfvorkommen dienen der Energieerzeugung; Abbau von Salzen, Phosphorit; Ölförderung nur 2 Millionen t/Jahr.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Spezialisierung auf Chemikalien, Maschinenbau und Leichtindustrie. Die entwickelte Industrie ist stark von Rohstoff- und Vormaterialienimporten abhängig.

Landwirtschaft (1987/1988):

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 163; Getreideerzeugung: 7,3 Millionen t; Import: 2,1 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 23 Prozent.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Leinfasern (24 Prozent), Kartoffeln (16 Prozent), Rindfleisch (6 Prozent), Milch (7 Prozent); bei Getreide durchschnittlicher Anteil (4 Prozent).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei metallurgischen Erzeugnissen, Öl und Gas sowie landwirtschaftlichen Vorprodukten (Düngemittel usw.), Ausfuhrüberschuß bei Maschinenbauerzeugnissen und Produkten der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie.

Ökologie

Langzeitschäden durch Tschernobyl-Katastrophe: 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen gelten als radioaktiv verseucht. Umweltprobleme durch Torfabbau und -verbrennung.

Georgien

Amtliche Bezeichnung: Republik Georgien

Georgien hat sich bisher nicht der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten angeschlossen; es ist dennoch in die nachfolgende Übersicht aufgenommen worden.

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 69 700 km² (0,3 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Tibilisi (Tiflis) (1989: 1,25 Millionen Einwohner).

Nationale Gebietskörperschaften: Abchasische Autonome Republik (über 500 000, davon 90 000 Abchasen, 236 000 Georgier); Hauptstadt: Suchumi.

Adsharische Autonome Republik (380 000, davon 324 000 Georgier, keine gesonderte Erfassung der Adsharen = muslimische Georgier, schätzungsweise 54 Prozent der Bevölkerung); Hauptstadt: Batumi. Südossetisches Autonomes Gebiet (96 000, davon 64 000 Osseten, 28 000 Georgier). Hauptstadt: Zchinwali. Sein Autonomiestatus wurde vom georgischen Parlament im Dezember 1990 aufgehoben; daraufhin entstehen bürgerkriegsähnliche Zustände. Am 1. 9. 1991 verkündet das Parlament in Zchinwali den Anschluß an die Autonome Republik Nordossetien (Russische Föderation). Die georgische Regierung kündigt dagegen Widerstand an. Insgesamt ist die georgische Regierung bestrebt, die nationalen Autonomien aufzuheben.

Bodengestalt: Zu 87 Prozent Gebirgsland.

Klima: Im Westen subtropisches, ansonsten gemäßigtes Klima.

Einwohner am 1. 1. 1991: 5,5 Millionen (1,9 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 78,4 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titulnation: Name: Georgier (Eigenbezeichnung: Kartveli); Sprachgruppe: Kaukasisch; Religion: Georgisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation: 70 Prozent; Armenier 8 Prozent; Osseten 3 Prozent; Russen 6 Prozent; Aseri 6 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1801 Anschluß an Rußland.
- 1917 Unabhängigkeit von Rußland mit deutscher Unterstützung.
- 1920 Anerkennung der Unabhängigkeit durch Sowjetrußland.
- 1921 Einmarsch der Roten Armee, Sowjetrepublik.
- 1922 Zwangsvereinigung mit Armenien und Aserbaidshan zur Transkaukasischen Föderation (bis 1936).
- 1924 Aufstand gegen Sowjetisierung niedergeschlagen.
- 1936 Eigenständige Sowjetrepublik mit Sondergebieten für Osseten, Abchasen und Adsharen; brutale politische „Säuberungen“ auf Anweisung Stalins.
- 1989 Einsatz sowjetischen Militärs gegen Demonstranten in Tiflis fordert am 19. 4. (seither Gedenktag) 19 Todesopfer.
- 1991 Im Mai wird S. Gamsachurdia zum Präsidenten gewählt.
- 1992 Gamsachurdia wird im Januar nach wochenlangen Kämpfen vertrieben.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Vorsitzender des Staatsrates: Eduard A. Schewardnadse (seit 10. 3. 1992)

Regierungschef: Tengis I. Sigua (seit 1992)

Außenminister: Aleksandr D. Tschikwaidse (seit 21. 2. 1992)

Extreme Zersplitterung der politischen Kräfte auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Nach dem 19. 4. 1989 (brutaler Militäreinsatz gegen Demonstranten in Tibilisi) vertraten alle politischen Kräfte einschließlich der KP die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit. Nach den Parlamentswahlen 1990 gab es eine eindeutige nichtkommunistische Mehrheit des Koalitionsbündnisses „Runder Tisch – Freies Georgien“.

Das neu zusammengesetzte Parlament verkündet am 9. April 1991 die staatliche Unabhängigkeit Georgiens. Im Mai 1991 wird Gamsachurdia (Wählerblock „Runder Tisch – Freies Georgien“) mit 86 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten gewählt. Sein autoritärer Regierungsstil verschärft die Opposition gegen ihn und spaltet das Regierungslager. Gegenüber dem August-Putsch 1991 nimmt er eine unklare Haltung ein. Im Dezember 1991 kommt es zum bewaffneten Kampf zwischen dem Präsidenten und den abtrünnigen Teilen der Regierung bzw. der Opposition. Gamsachurdia flieht am 6. 1. 1992 aus Tibilisi. Die Macht wird von einem Militärrat übernommen. Der ehemalige sowjetische Außenminister Schewardnadse bietet sich als Vermittler für nationale Versöhnung an. Im März kehrt Schewardnadse nach Georgien zurück und tritt am 10. 3. an die Spitze des Staatsrates ohne sich irgendeiner Partei zuzuordnen. Dadurch stattet er das neue, aus einem Putsch hervorgegangene und demokratisch noch nicht legitimierte Regime mit internationalem Prestige aus. Anhänger des gestürzten Gamsachurdia halten aber nach wie vor bestimmte regionale Positionen, besonders in Westgeorgien. Versuche Schewardnades um Verständigung mit dem abtrünnigen südossetischen Gebiet werden von einzelnen georgischen Milizenverbänden hintertrieben. Weitere schwere georgische Angriffe auf die Hauptstadt des Gebiets, Zchinwali, enthüllen die innenpolitische Ohnmacht der neuen Führung. Massive Drohungen aus Rußland untergraben im Sommer 1992 die Position Schewardnades in Georgien zusätzlich.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Es existiert eine Nationalgarde der Republik (angeblich 13 000 Mann); daneben gibt es andere bewaffnete Formationen unterschiedlicher politischer Zuordnung. Das Parlament Südossetiens beschloß in seinem Konflikt mit der georgischen Regierung Ende November 1991 die Aufstellung einer Nationalgarde. Parteipolitische und ethnische Bevölkerungsgruppen sind bewaffnet, die Innen- und Nationalitätenpolitik Georgiens ist stark militarisiert. Nach dem Sturz Gamsachurdias übernahm der Militärrat die politische Macht. Die ehemaligen sowjetischen Truppen (heute GUS-Streitkräfte) wurden ihrer Waffen beraubt. Sprecher des Übergangsregimes deuten Bereitschaft zur Integration Georgiens in die militärische Organisation der GUS an.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Die äußerst angespannte innenpolitische Situation wird von Nationalitätenproblemen überlagert, besonders vom Konflikt zwischen Georgien und den nationalen Gebietskörperschaften (22 Prozent des Republikterritoriums). Das georgische Unabhängigkeitsbestreben verstärkte bei Abchasiern und Osseten das Verlangen nach Austritt aus der georgischen Jurisdiktion, bei den Osseten nach Vereinigung mit der Nordossetischen ASSR in der Russischen Föderation. Es kam zu blutigen Zusammenstößen im Südossetischen Autonomen Gebiet nach der Aufhebung der Autonomie durch das Parlament in Tiflis. Grenzfragen gegenüber Armenien (zwei armenisch besiedelte Gebietsteile in Georgien) und Aserbaidshan (georgische Siedlung in Aserbaidshan) sind offen; das Problem der Mescheten (Rückkehr der 1944 aus Georgien deportierten Volksgruppe wird aus innenpolitischen Gründen abgelehnt). Mitte Januar 1992 versetzte die Türkei angesichts wachsender Bürgerkriegsgefahr in Georgien ihre Grenzprovinz Artvin in Alarmbereitschaft, um mögliche Flüchtlingsströme aufzuhalten. 1992 eskalierte der Konflikt zwischen der georgischen Zentralgewalt und Südossetien zum Krieg, in den sich zunehmend Rußland und politische Neubildungen im Nordkaukasus („Konföderation der Bergvölker“) einschalteten.

Außenpolitische Orientierung

Traditionell ist Georgien stark nach Westeuropa ausgerichtet. Die Außenpolitik des unabhängigen Georgien wird sich zwischen den sehr ungleichen Staaten Türkei, Iran und Rußland orientieren und in die traditionell komplizierten regionalen Beziehungen in Transkaukasien einordnen müssen. Georgien ist nicht Mitglied der GUS. Die Mitgliedschaft bildet ein innenpolitisch umstrittenes Thema in Georgien.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 23,8 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 1,6 Prozent; BSP pro Kopf: 4410 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 88.

Lebensverhältnisse

Durchschnittliche Familiengröße 1989:	4,0	(UdSSR) (3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	206	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	57 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	58 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	55,2 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	63,9	(64,6)
Frauen	73,1	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	9 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 29 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 27 Prozent; Handel und Verkehr 22 Prozent; Dienstleistungen: 22 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Wenige Energierohstoffe: Kohleförderung (1,5 Millionen t), Erdöl (0,2 Millionen t), Erdgas (50 Millionen m³); Eisenerzförderung (0,7

Millionen t); Gewinnung von Manganerz, Baryt, Zink in erheblichem Umfang; von Gold in geringen Mengen.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Metallurgie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Schiffbau, Flugzeugbau, Nahrungsmittelverarbeitung, Textilindustrie.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 82; Getreideerzeugung: 0,6 Millionen t; Import: 2,3 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 80 Prozent.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Tee (über 90 Prozent), Zitrusfrüchten (97 Prozent), subtropischen Obstarten, Wein. Durch die Gebirgslage bedingte kleinräumige Agrarstruktur bevorzugt Spezialkulturen, läßt aber Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln nicht zu.

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Holz und Papier sowie Vorprodukten des Maschinenbaus. Importanteil am Verbrauch bei Getreide 80 Prozent, bei Fleisch 40 Prozent und bei Milch 75 Prozent, dennoch hoher Ausfuhrüberschuß der Nahrungsmittelindustrie insgesamt.

Ökologie:

Ökologische „Schlüsselthemen“ sind weniger bekannt als in anderen Republiken.

Kasachstan

Amtliche Bezeichnung: Republik Kasachstan

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 2 717 300 km² (12,1 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Alma Ata (1989: 1,1 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Flachland, Hochebenen und Gebirge. Balchaschsee, Aralsee.

Klima: Trockenes Kontinentalklima mit extremen Temperaturen.

Einwohner am 1. 1. 1991: 16,8 Millionen (5,8 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 6,2 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation: 40 Prozent; Deutsche 6 Prozent; Usbeken 2 Prozent; Russen 38 Prozent; Ukrainer 5 Prozent; Tataren 2 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1822–73 Annexion durch Rußland, Russifizierung.
- 1920 Teil der Kirgisischen Autonomen Sowjetrepublik.
- 1925 Kasachische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik.
- 1936 Kasachstan wird Unionspolitik.
- 1929–38 Kollektivierung der Landwirtschaft und Seßhaftmachung der Nomaden; gewaltige Bevölkerungsverluste.
- 1936 Sozialistische Sowjetrepublik.
- 1941 Zwangsansiedlung von Wolgadeutschen.
- 1954 Beginn der „Neulandgewinnung“, weitere Masseneinwanderung.
- 1986 Die von Moskau verfügte Ablösung des Parteichefs Kunajew (1964–1986) durch einen landesfremden Russen löst Protestaktionen in Alma Ata aus. Die Tumulte vom 17. und 18. 12. stehen am Anfang einer langen Reihe zentralistischer Rebellionen mit nationalem Hintergrund.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Präsident: Nursultan A. Nasarbajew (seit 24. 4. 1990)

Regierungschef: Sergej. A. Tereschtschenko (seit 16. 10. 1991)

Außenminister: Tuleutaj S. Sulejmenow (seit 20. 12. 1991)

In Kasachstan bildeten sich früher und in größerem Umfang als in den südlichen Nachbarrepubliken Zentralasiens alternative politische Kräfte in informellen Gruppen und Bewegungen, darunter die populäre ökologische Bewegung „Nevada-Semipalatinsk“, die Bewegung „Azat“ (Freiheit), die „National demokratische Partei Sheltoqsan“ (Dezember), eine „Sozialdemokratische Partei“, die Nationale Unabhängigkeitspartei „Alasch“. Die größte politische Gruppierung „Nevada-Semipalatinsk“, konstituierte sich als politische Partei unter dem Namen „Nationalkongreß“.

Anstöße zur politischen Erneuerung kamen aber auch aus dem dominierenden kommunistischen Parteiapparat, der sich in den Parlamentswahlen 1990 behaupten konnte, und zwar vor allem durch die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten Nasarbajew. Dieser löste 1989 den Russen Kolbin an der Parteispitze ab, wurde im April 1990 vom Parlament und am 1. 12. 1991 mit überwältigender Mehrheit von der Bevölkerung zum Präsidenten gewählt. Nach dem Augustputsch in Moskau löste er die KP formell auf.

Nasarbajews Machtstellung basiert auf eine große Popularität, die er nicht nur bei der kasachischen Bevölkerung hat. Er verbindet den Souveränitätsanspruch Kasachstans mit der Forderung nach ethnischer Toleranz in einer multinationalen Republik und der Notwendigkeit, zwischenstaatliche Beziehungen unter den Nachfolgestaaten der UdSSR vernünftig zu gestalten. Er galt während der Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag als Integrationsfigur unter den Republikpräsidenten und verschaffte Kasachstan internationale Aufmerksamkeit. Wie die anderen Präsidenten in Zentralasien verkörpert aber auch Nasarbajew die Umwandlung der alten Partokratie in ein autoritäres Präsidialregime. Den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformkurs, den Nasarbajew teilweise unter Anregung von außen (ausländische Berater) entwickelte, muß er gegen die alte Bürokratie durchsetzen, die noch überall in den Verwaltungsorganen nistet.

Strategische Nuklearwaffen

Zwei Interkontinentalraketen-Silo-Komplexe mit 104 Trägersystemen und 1040 Sprengköpfen, 40 schwere Bomber mit 320 Flugzeugbomben.

Militärpolitik/

Bewaffnete nationale Formationen

Oberster Sowjet verabschiedete im September 1991 den Beschluß, die Republik zur nuklearwaffenfreien Zone zu erklären. Bis 1994 sollen die strategischen Nuklearwaffen außer Dienst gestellt und bis zum Jahre 2000 vernichtet werden. Die taktischen Nuklearwaffen sollen nach Rußland abgezogen werden. Präsident Nasarbajew befürwortete die zentrale Führung der GUS-Streitkräfte auf der Basis starker Beteiligung der Republiken und forderte Mitsprache bei der Verfügung über die in Kasachstan stationierten Atomwaffen. Eine dem Präsidenten unterstellte Nationalgarde in der Stärke von 25 000 Mann ist gebildet. GUS-Streitkräfte auf dem Territorium Kasachstans werden mit 150 000 Mann beziffert, das gesamte Militärbudget wird mit 22 Milliarden Rubel veranschlagt. Kasachstan erklärt Bereitschaft, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Einzelne interethnische Zusammenstöße in letzter Zeit; wachsende Selbstbehauptung der Titulnation gegenüber der nichtkasachischen Bevölkerungsmehrheit; potentieller Konflikt mit Rußland wegen Gebietsansprüchen auf russisch besiedelte Teile Nordkasachstans. Wachsende Spannungen ergeben sich durch Neubildung von Kosakenformationen. Gemessen am ethnischen Konfliktpotential sind die interethnischen Beziehungen in der Republik relativ friedlich. Die russische Bevölkerungsgruppe unterstützt weitgehend die Politik Nasarbajews. Politische Parteienbildung vollzieht sich aber überwiegend entlang ethnischer Unterscheidungslinien. Lediglich die Sozialdemokratische Partei integriert ethnische Gruppen.

Ethnischer Frieden ist wichtig; Kasachen und Russen bilden fast gleich starke Bevölkerungskontingente, mehr als neun Nationalitäten haben eine Bevölkerungsgröße von mehr als 100 000. In einigen Provinzen im Norden des Landes ist die Titulnation in der Minderheit gegenüber den Russen. In fünf Provinzen – Kustanai, Kokschetau, Zelinograd, Karaganda und Pawlodar – bilden Deutsche über 10 Prozent der Bevölkerung. Ihre verstärkte Emigration beeinflusst das Wirtschaftsleben der Republik negativ.

Potentielle ethno-territoriale Konflikte bestehen auch gegenüber den zentralasiatischen Nachbarn mit denkbaren Gebietsforderungen Usbekistans und Kirgistans auf Teile Südkasachstans, umgekehrt Kasachstans auf Gebiete am Issyk-Kul gegenüber Kirgistan. Auch die autonome Republik der Karakalpakien, die unter Stalin von der Kasachischen auf die Usbekische Unionsrepublik übertragen wurde, kann zu einem Streitpunkt werden. Eine ethnische unklare Grenze teilt Kasachstan auch mit China, wo in der autonomen Provinz Xinjiang-Uigur eine kasachische Minderheit lebt. In letzter Zeit formierten sich in Kasachstan Exilantenorganisationen der Uiguren, die nationale Befreiung „Uiguristans“ von chinesischer Fremdherrschaft anstreben.

Außenpolitische Orientierung

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, vor allem in Ostasien (Südkorea) und mit der Türkei, wird angestrebt. Eine Kooperation mit den mittelasiatischen Republiken (Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien) ist vereinbart.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 61,4 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 4,2 Prozent; BSP pro Kopf: 3720 US-\$. Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 74.

Lebensverhältnisse

Durchschnittliche Familiengröße 1989	4,0	(UdSSR) (3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	206	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	57%	(42%)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	58%	(66%)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	55,2%	(55,5%)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	63,9	(64,6)
Frauen	73,1	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	9%	(5%)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 31 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 23 Prozent; Handel und Verkehr: 24 Prozent; Dienstleistungen: 22 Prozent.

Wirtschaftsbereiche:

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

4 Prozent der UdSSR-Ölförderung bei vermuteten hohen Reserven (Förderung 1991: 27 Millionen t). Tengis-Feld sowie Feld Karatschagansk, beide am Kaspischen Meer, sollen mit ausländischer Unterstützung erschlossen werden. 1 Prozent der UdSSR-Erdgasförderung; 20 Prozent der UdSSR-Kohleförderung, teilweise im kostengünstigen Tagebau; 5 Prozent der UdSSR-Eisenerzförderung (5,5 Millionen t). Gewinnung von Nickel, Chrom, Titan, Wismut, Blei, Kupfer (30 Prozent der Kupferproduktion der UdSSR bei hohen Reserven), Wolfram, Zink (50 Prozent der UdSSR-Reserven), Uran (Uranreserven in Höhe von 30 Prozent der UdSSR-Reserven, das heißt 14 Prozent der Weltlagerstätten); Gold (etwa 15 t/Jahr, das heißt 5 Prozent der UdSSR-Förderung), Silbergewinnung (70 Prozent der UdSSR-Förderung). Die Uranförderung und -verarbeitung wird wegen Gesundheitsschädlichkeit stark reduziert.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Grundstoffindustrie (Eisen und Stahl, Petrochemie), Schwermaschinenbau, Rüstungsindustrie, Landmaschinenfabrikation, Nahrungsmittelverarbeitung. Der Aufbau einer leistungsfähigen Konsumgüterindustrie und Nahrungverarbeitung wurde bislang vernachlässigt.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 123; Getreideerzeugung: 24 Millionen t; Export: 7 Millionen t.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Getreide (13 Prozent), Fleisch (7 Prozent), Wolle (23 Prozent). Der Getreideanbau leidet stark unter Klimaschwankungen: 1991 betrug die Ernte mit 12 Millionen t nur etwa 50 Prozent des Durchschnitts der Jahre 1986 bis 1990. Engpaß bei Transport, Lagerung, Weiterverarbeitung: Bis zu 60 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion geht dadurch verloren.

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Maschinenbauerzeugnissen, Erzeugnissen der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, Holz und Papier. Ausfuhrüberschuß bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Buntmetallen und Kohle.

Kernkraftwerk:

Standort	Bruttoleistung (MW)	Reaktortyp	Jahr der Inbetriebnahme
Schewtschenko	1 × 150	Brüter	1973
(Stromerzeugung für Entsalzungsanlage am Kaspischen Meer)			

Ökologie:

Radioaktive Verseuchung des Atomtestgeländes Semipalatinsk. Schwund des Aralsees. Krisenregion am Ostufer des Kaspischen Meeres. Etwa 18 Millionen ha Bodenfläche wurden für atomare, chemische und biologische Testzwecke genutzt.

Kirgisien

Amtliche Bezeichnung: Republik Kyrgysstan

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 198 500 km² (0,9 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Bischkek (früher Frunse) (1989: 0,6 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Überwiegend Hochgebirgsland.

Klima: Kontinental und trocken.

Einwohner am 1. 1. 1991: 4,4 Millionen (1,5 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 22,3 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation: 52 Prozent; Usbeken 13 Prozent; Deutsche 2 Prozent; Russen 21,5 Prozent; Ukrainer 3 Prozent; Tataren 2 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1876 Mit der Eroberung des Chanats von Kokand gerät Kirgisien unter russische Herrschaft, der sich einige Stämme schon vorher unterworfen hatten.
- 1916 Aufstand gegen Russifizierung.
- 1918 Teil der Autonomen Sowjetrepublik Turkestan.
- 1926 Autonome Sowjetrepublik, Beginn der Zwangskollektivierung gegen heftigen Widerstand.
- 1936 Sowjetrepublik.

Unabhängigkeitsstatus

Souveränitätserklärung am 15. 12. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 31. 8. 1991. Beitritt zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: Askar A. Akajew (seit 27. 10. 1990)
Regierungschef: Tursunbek T. Tschyngyschew (seit 26. 2. 1992)
Außenministerin: Rosa I. Otunbajewa (seit 26. 2. 1992)

Aus Wahlen im Februar 1990 ging ein mehrheitlich von Kommunisten besetztes Parlament hervor. Dennoch kam es zu einer politischen Erneuerung durch den Wechsel im Amt des Parlamentspräsidenten. Wachsende Unzufriedenheit mit der alten Führung unter A. Masalijew führten zu dessen Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1990. Sieger wurde ein nichtkommunistischer Kandidat, der Präsident der kirgisischen Akademie der Wissenschaften, A. Akajew. Er vertritt eine liberale, weltoffene Intelligenzija, die sich in informellen Bewegungen und Parteien stärker artikuliert als in den Nachbarrepubliken. Akajew regierte quer zum konservativen Parteiapparat, stellte sich im August 1991 als einziger Republikführer Zentralasiens eindeutig gegen die Putschisten und löste die KP nach dem Scheitern des Putsches auf. Parteien und informelle Bewegungen: „Demokratische Bewegung Kirgisistans“, „Sozialdemokratische Partei“ (im November 1991 von liberalen Ex-Kommunisten gegründet); Vereinigung „Aschar“ (aus der Bewegung der „Baulandbesetzer“ hervorgegangen, Hauptthema: Bekämpfung der Wohnungsnot); „Nationale Einheit“ (betont Integration der ethnischen Minderheiten).

Militärpolitik/

Bewaffnete nationale Formationen

Man akzeptiert zentral geführte GUS-Streitkräfte. An eigenen Militärformationen wird nur eine Nationalgarde mit polizeilichen Funktionen von 700 Mann vorgesehen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Interethnische Konflikte mit vielen Todesopfern bestehen zwischen Kirgisien und Usbeken 1990; gespanntes Verhältnis zu Usbekistan wegen gegenseitiger Gebietsansprüche. Ethnische unklare Grenzziehung auch im Norden gegenüber Kasachstan. In Zukunft sind Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen denkbar.

Außenpolitische Orientierung

Kontaktaufnahme zu verschiedenen Partnern in der asiatischen Staatenwelt, besonders Indien, Südkorea, Volksrepublik China. Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken und Orientierung auf die Türkei.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 13,0 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 0,9 Prozent; BSP pro Kopf: 3030 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 61.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989:	4,7	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	157	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	75 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	38 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	50,4 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	64,3	(64,6)
Frauen	72,4	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	13 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 27 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 34 Prozent; Handel und Verkehr 18 Prozent; Dienstleistungen: 21 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Erdöl (1991: 0,1 Millionen t), Erdgas (1991: 0,1 Milliarden m³); Kohleförderung (1991: 3,5 Millionen t), große Antimon- und Quecksilbervorkommen; Gold (etwa 1 Prozent der UdSSR-Förderung), Uran, Marmor.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Metallurgie, Maschinenbau, Textilindustrie, Nahrungsmittelindustrie.

Landwirtschaft:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 86; Getreideerzeugung: 1,7 Millionen t; Import: 1,1 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 39 Prozent.

Anbau von Kartoffeln, Gemüse, Baumwolle; Viehhaltung (Schafe und Ziegen).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, chemischen Produkten und Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie. Etwa 40 Prozent des verbrauchten Getreides muß importiert werden. Ausfuhrüberschuß bei Elektroenergie und Buntmetallen.

Ökologie:

Schädliche Folgen unsinniger Bewässerungsprojekte in Verbindung mit Baumwollmonokultur. Negativer Einfluß ökologischer Faktoren auf Krankheits- und Sterblichkeitsraten.

Moldowa

Amtliche Bezeichnung: Republik Moldowa

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 33 700 km² (0,2 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Chişinău (Kischinjew) (1989: 0,7 Millionen Einwohner).

Nationale Gebietskörperschaften: Dnjestr-Republik von russischer Bevölkerungsmehrheit ausgerufen; Hauptstadt: Dubessar (Dubossary).

Bodengestalt: Von Flußtälern und Schluchten zerschnittene Ebenen.

Klima: Warm und gemäßigt kontinental.

Einwohner am 1. 1. 1991: 4,4 Millionen (1,5 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 129,6 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Romanisch; Religion: Russisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation: 65 Prozent; Ukrainer 14 Prozent; Russen 13 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1812 Bessarabien (Landstreifen zwischen Prut und Dnjestr, Name kommt vom Fürstenhaus der Basarab) von Rußland annektiert.
- 1918 Autonome Moldauische Republik, Vereinigung mit Rumänien.
- 1924 Gründung einer Moldauischen Autonomen Sowjetrepublik östlich des Dnjestr (Transnistrien) innerhalb der Ukraine.
- 1940 Sowjetunion verlangt von Rumänien gemäß geheimem Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt Abtretung Bessarabiens, das zusammen mit Transnistrien zur Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik wird. Transnistrien wird von der Ukraine der Moldauischen SSR zugeschlagen, dafür fällt Küstengebiet am Schwarzen Meer sowie Nordbukowina an die Ukraine.
- 1989 Rumänisch („moldawisch“) wird Staatssprache. Wiedereinführung der lateinischen Schrift. Im November wird der orthodoxe KP-Chef Grossu nach Demonstrationen entmachtet.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Präsident: Mircea I. Snegur (seit 3. 3. 1990)

Regierungschef: Waleriu T. Murawski (seit 28. 5. 1991)

Außenminister: Nikolae A. Zyu (seit 5. 6. 1990)

Seit den Parlamentswahlen 1990 besteht in Moldowa eine nichtkommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung (Volksfront 40 Prozent, ihr nahestehende Gruppen 30 Prozent). Nach dem August-Putsch 1991 wird die KP verboten. Das Parlament erklärte am 27. August 1991 die staatliche Unabhängigkeit. Moldowa trat gegen innenpolitischen Widerspruch der GUS bei und vertrat in der Gemeinschaft zusammen mit der Ukraine und Aserbaidschan am stärksten die Option auf eine eigene Militärpolitik der Republik und nationale Streitkräfte. Mircea Snegur, seit 1990 Präsident, ließ sich durch eine Wahl im Dezember 1991 mit großer Stimmenmehrheit (98 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent gegen Boykottaufrufe der Volksfront und Wahlverweigerung in den Minderheitengebieten von Gagausien und Transnistrien) in seinem Amt bestätigen. Er entstammt zwar der Partokratie, stellte sich aber bei dem restaurativen Putschversuch in Moskau im August 1991 als einer der wenigen Republikführer mit aller Entschiedenheit gegen den Staatsstreich und vertrat schon seit 1990 einen konsequenten Unabhängigkeitskurs.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte Dezember 1990 erklärte man den Verzicht auf Nuklearwaffen. Offiziell fordert man den Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Die

Bildung einer Nationalarmee im Umfang von 10 000–15 000 Soldaten ist angekündigt. Führungskräfte werden an Militärschulen in Rumänien ausgebildet.

Infolge nationalitätenpolitischer Konflikte bilden sich paramilitärische Formationen in den Minderheitengebieten der Gagausen und der Russen in Transnistrien.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

In dem Maße, wie sich Moldowa von der Sowjetunion löste und zumindest langfristig die Perspektive auf eine Vereinigung mit dem ethnischen Mutterland Rumänien bot, suchten das Minderheitengebiet der Gagausen im Süden und der Gebietsstreifen links des Dnjestr mit starken russischen und ukrainischen Minderheiten im Osten der Republik ihrerseits die Unabhängigkeit von Moldowa. Zunächst eskalierte der Konflikt zwischen der moldawisch-rumänischen Nationalbewegung und den Gagausen, einem ostchristlichen Turkvolk, das im 18. und 19. Jahrhundert aus Bulgarien nach Bessarabien einwanderte. Es hat heute 153 000 Angehörige in Moldowa und stellt in drei von fünf Bezirken, aus denen sich „Gagausien“ zusammensetzt, die Mehrheit. Eine gagausische Nationalbewegung formierte sich 1989 nach der Verabschiedung eines Sprachengesetzes, das Rumänisch zur Staatssprache erhob. Im August 1990 rief diese Nationalbewegung eine souveräne Republik der Gagausen aus. Als im Oktober in dem Gebiet eigenmächtig Wahlen zu einem eigenen Republikparlament abgehalten wurden, rief die moldawische Volksfront zu einem „Marsch in den Süden zum Schutz der Heimat“ auf. Auch Rumänien schaltete sich in den Konflikt ein und warnte vor der „Zerstückelung der Moldau“. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Moldauern und Gagausen, die aber von dem noch ernsteren Konflikt um die sogenannte „Dnjestr-Republik“ (Transnistrien) seit 1991 in den Hintergrund gedrängt wurden.

In dem Gebiet links des Dnjestr (Transnistrien), das historisch nicht zu Rumänien oder der Moldau gehört hatte, bevor es unter Stalin 1940 von der Ukraine an die von Rumänien annektierte „Moldauische SSR“ angeschlossen wurde, leben heute etwa 40 Prozent Moldauer und über 50 Prozent Russen und Ukrainer. Das noch sehr stark von den alten kommunistischen Machtorganen dominierte Gebiet rief Anfang Dezember 1991 nach einem Referendum die „Dnjestr-Republik“ aus und bildete eine eigene Regierung. Die danach folgenden Auseinandersetzungen mit der Zentralregierung in Chişinău eskalierten im Sommer 1992 zu einem Krieg um das Gebiet. Territorialstreitkräfte, die zunehmend von der Rußland unterstellten, in Tiraspol stationierten ehemaligen sowjetischen 14. Armee unterstützt werden, bekriegten sich mit moldawischen Polizei- und Streitkräften. Im Juni 1992 intervenierte die russische Regierung, in dem sie vorgab, russische Landsleute zu beschützen. Der Konflikt eskalierte bis an den Rand militärischer Auseinandersetzungen, konnte aber im Juli vorerst beigelegt werden. Jelzin und Snegur vereinbarten die Sicherung des Friedens an Dnjestr durch gemischte russische, moldawische und transnistrische Verbände.

Weitere mögliche Konflikte bestehen außerdem mit der Ukraine um Küstengebiete Bessarabiens und der Nordbukowina (Gebiet um Tschernowzy), die von Rumänien abgetrennt und der Ukraine zugeschlagen worden waren. Sie werden durch die Einmischung Rumäniens verschärft, dessen Parlament die Rückgabe aller vor dem Zwangsanschluß an die Sowjetunion 1939/40 zu Rumänien gehörenden Gebiet verlangt hat.

Außenpolitische Orientierung

Aus historischen und ethnischen Gründen orientiert sich Moldowa an Rumänien. Die baldige politische Vereinigung mit Rumänien wird auch von breiten Teilen im moldawisch-rumänischen Staatsvolk nicht gewünscht. Nach Aussagen der Regierungschefs Rumäniens und Moldowas wird zunächst die „kulturelle Konföderation“ als Übergang zur staatlichen Vereinigung angestrebt. Druck durch Rußland infolge des Konflikts um die Dnjestr-Republik kann aber die rumänische Orientierung in Moldowa erheblich verstärken.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 16,5 Milliarden US- $\text{\$}$; Anteil am BSP der UdSSR: 1,1 Prozent; BSP pro Kopf: 3830 US- $\text{\$}$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 77.

Lebensverhältnisse

Durchschnittliche Familiengröße 1989:	3,4	(UdSSR) (3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	228	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	50 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	47 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	54,9 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	65,5	(64,6)
Frauen	72,3	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	7 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 28 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 35 Prozent; Handel und Verkehr 18 Prozent; Dienstleistungen: 19 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Unbedeutende Vorkommen von Erdgas und Erdöl.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Nahrungsmittelindustrie, Landmaschinenbau.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 153; Getreideerzeugung: 1,8 Millionen t; Import: 1,1 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 37 Prozent.

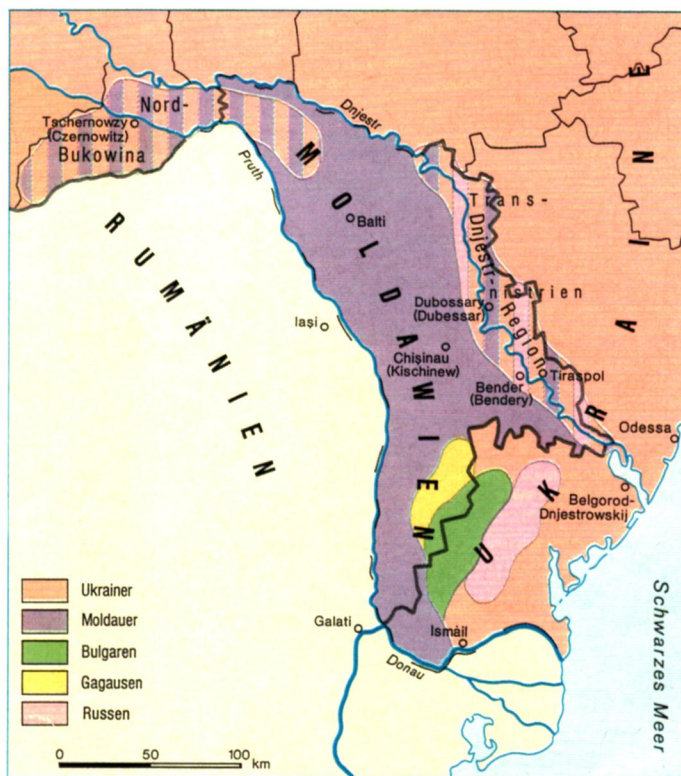
Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Weintrauben (20 Prozent), Obst (15 Prozent), Körnermais (5 Prozent), Gemüse (4 Prozent).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Energierohstoffen (Öl, Gas, Kohle), Maschinenbauerzeugnissen, metallurgischen und chemischen Produkten sowie Holz und Papier. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten.

Ökologie:

Vergiftung der Böden durch Pestizide, Nitrate, Nuklide u. a.; weitgehende Humuserstörung; extremer Rückgang der Bewaldung; Verschmutzung und Versiehung des Dnjestr.



Staatliche Gliederung und Nationalitäten

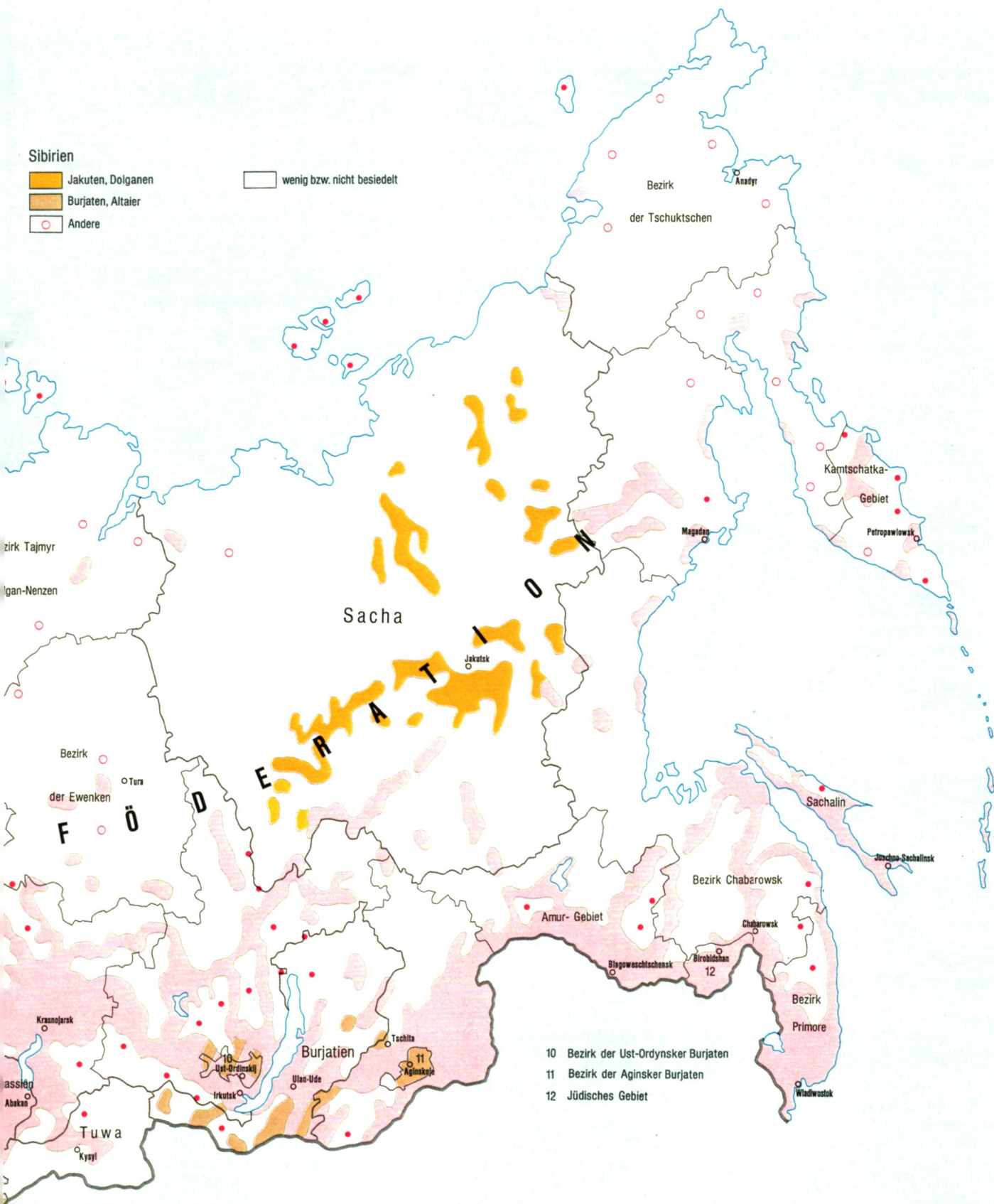


- 1 Karatschajewo-Tscherkessien
- 2 Kabardino-Balkarien
- 3 Nordossetien
- 4 Tschetscheno-Inguschien
- 5 Abchasien
- 6 Adscharien
- 7 Südossetien
- 8 Nachitschewan
- 9 Nagornyj-Karabach

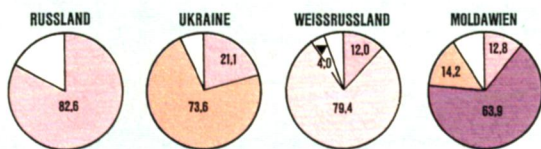
Sibirien

- Jakuten, Dolganen
- Burjaten, Altaier
- Andere

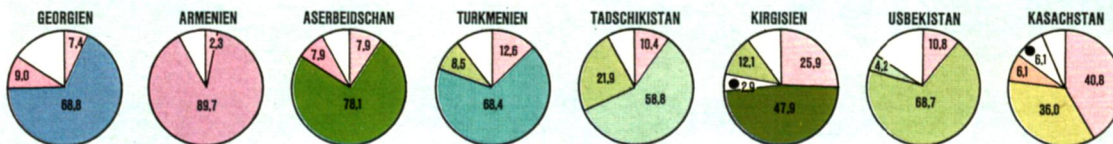
wenig bzw. nicht besiedelt



- 10 Bezirk der Ust-Ordynsker Burjaten
- 11 Bezirk der Aginsker Burjaten
- 12 Jüdisches Gebiet



Ethnische Bevölkerungsstruktur



Rußland

Amtliche Bezeichnung: Rußländische Föderation, Rußland

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 17 075 000 km² (76 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Moskau (1989: 9 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Im Westen und in Westsibirien Ebenen; Ostsibirien und Ferner Osten gebirgig; Ladogasee; Bajkalsee.

Klima: Von Nord nach Süd Übergang vom arktischen über gemäßigt bis zu subtropischem Klima.

Administrative Gliederung

Bis 1990: 6 Regionen, 49 Gebiete, darunter als Exklave das Verwaltungsgebiet Kaliningrad (Königsberg) (871 000; 684 000 Russen, 74 000 Weißrussen, 63 000 Ukrainer); Nationale Gebietskörperschaften: 16 Autonome Republiken, 5 Autonome Gebiete, 10 Autonome Kreise, 10 Wirtschaftsregionen.

Nationale Republiken: Seit 1990 haben die Autonomen Republiken Souveränitätserklärungen abgegeben und ihren Status zu dem einer „Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR)“ aufgestockt bzw. sich in Republiken umbenannt. Außerdem haben vier Autonome Gebiete ihren Status zu dem einer Republik erhöht.

Adygeische SSR (0,43 Millionen; 95 000 Adygeer, 290 000 Russen, Hauptstadt Maikop).

Republik Baschkortostan (3,9 Millionen; 0,8 Millionen Baschkiren, 1,5 Millionen Russen, 1,1 Millionen Tataren, Hauptstadt: Ufa).

Burjatische SSR (1 Million; 250 000 Burjaten, 0,7 Millionen Russen, Hauptstadt: Ulan-Ude).

Republik Chakassien (567 000; 63 000 Chakassen, 450 000 Russen, Hauptstadt Abakan).

Republik Dagestan (1,8 Millionen; mehrere Titularnationen: etwa 0,5 Millionen Awaren, 280 000 Darginer, 230 000 Kumyken unter anderen; 165 000 Russen, Hauptstadt: Machatschkala).

Republik Gorny-Altai (190 000; 60 000 Altaier, 115 000 Russen, Hauptstadt Gorno-Altai).

Republik Kabardino-Balkarien (0,8 Millionen; 360 000 Kabardiner, 70 000 Balkaren, 240 000 Russen, Hauptstadt Naltschik).

Republik Kalmykien (Chalm-Tangtsch) (320 000; 146 000 Kalmücken, 120 000 Russen, Hauptstadt: Elista).

Republik Karatschajewo-Tscherkessien (0,42 Millionen; 130 000 Karatschaier, 40 000 Tscherkessen, 176 000 Russen).

Republik Karelien (0,8 Millionen; 80 000 Karelrier, 580 000 Russen, Hauptstadt: Petrosawodsk).

SSR der Komi (1,3 Millionen; 290 000 Komi, 720 000 Russen, Hauptstadt: Syktywkar).

Republik Mari El (0,75 Millionen; 324 000 Mari, 355 000 Russen, Hauptstadt: Joschkar-Ola).

Mordwinische SSR (964 000; 313 000 Mordwinen, 586 000 Russen, Hauptstadt: Saransk).

Nordossetische SSR (683 000; 334 000 Osseten, 190 000 Russen, Hauptstadt: Wladikawkas (früher Ordschonikidse)).

Republik Sacha (Jakutien) (1,1 Millionen; 365 000 Jakuten, 550 000 Russen, Hauptstadt: Jakutsk).

Republik Tatarstan (3,6 Millionen; 1,7 Millionen Tataren, 1,5 Millionen Russen, Hauptstadt: Kasan).

Republik Tschetscheno-Inguschien (1,3 Millionen; 730 000 Tschetschenen, 163 000 Inguschen, 290 000 Russen, Hauptstadt: Grosny). Die binationale Gebietseinheit hat sich inzwischen in eine Tschetschenische und eine Inguschische Republik aufgespalten.

Republik Tschuwaschien (1,3 Millionen; 900 000 Tschuwaschen, 357 000 Russen, Hauptstadt: Tscheboksary).

Republik Tuwa (314 000; 200 000 Tuwiner, 98 000 Russen, Hauptstadt: Kysyl).

Republik Udmurtien (1,6 Millionen; 500 000 Udmurten, 945 000 Russen, 110 000 Tataren, Hauptstadt: Ischewsk).

Unklarheit besteht hinsichtlich der Wiederherstellung der 1941 liquidierten Autonomen Republik der Wolgadeutschen. Die „territoriale Rehabilitierung“ der Volksgruppe geht aus einem Gesetz der RSFSR vom April 1991 und aus einer Vereinbarung zwischen der russischen

und der deutschen Regierung vom 21. 11. 1991 hervor. Danach machte Jelzin jedoch erhebliche Einschränkungen hinsichtlich ihrer Realisierung. So sollte als Ansiedlungsgebiet lediglich ein früheres Raketenversuchsgelände bei Wolgograd zur Verfügung gestellt werden. Im Januar 1992 hat der ukrainische Präsident Krawtschuk die Krim als Siedlungsgebiet der Deutschen angeboten, was mit den Autonomiebestrebungen der dortigen Bevölkerung kollidiert.

Einwohner am 1. 1. 1991: 148,5 Millionen (51 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 8,7 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Russen 81,5 Prozent; Tataren 3,8 Prozent; Ukrainer 3,0 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

16. Jh. Unter Iwan IV. Ausdehnung russischer Herrschaft über Gebiete außerhalb des ostslawischen Siedlungsraumes (tatarisch baschkirische Gebiete an der Wolga, Beginn der Durchdringung Sibiriens).

18. Jh. Herrschaft über die baltischen Gebiete, die Krim, die Ukraine, Weißrußland, die Kasachensteppe.

19. Jh. Herrschaft über Finnland, Kongreßpolen, Bessarabien; Eroberung des Kaukasus, Zentralasiens und von Gebieten im Fernen Osten.

1918 Proklamation der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR).

1922 Zusammenschluß der RSFSR mit den anderen Sowjetrepubliken zur UdSSR.

1941–1944 Schwere Bevölkerungsverluste und Zerstörung des westlichen Rußland durch deutschen Überfall auf die Sowjetunion, deutsche Besetzung und Rückeroberung durch die Rote Armee.

1945 Gebiet Kaliningrad (Königsberg) kommt zur RSFSR; Mitglied der UNO.

1954 Abtretung der Krim an die Ukraine.

1956 Eingliederung der Karelischen ASSR.

1991 Boris Jelzin wird von der Bevölkerung zum Präsidenten Rußlands gewählt.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: Boris N. Jelzin (seit 12. 6. 1991)

Vizepräsident: Aleksandr W. Ruzkoj (seit 12. 6. 1991)

Parlamentspräsident: Ruslan I. Chasbulatow (seit 28. 10. 1991)

Regierungschef: Jegor T. Gajdar (seit 16. 5. 1992)

1. Stellvertreter: Wladimir F. Schumejko (seit 2. 6. 1992)

Stellvertreter: Georgij S. Chischa (seit 20. 5. 1992)

Stellvertreter: Walerij A. Macharadse (seit 2. 3. 1992)

Stellvertreter: Michael N. Poltoranin (seit 22. 2. 1992)

Stellvertreter: Boris G. Saltykow (seit 4. 6. 1992)

Stellvertreter: Aleksandr N. Schochin (seit 6. 11. 1991)

Stellvertreter: Wiktor S. Tschernomydrin (seit 30. 5. 1992)

Stellvertreter: Anatolij B. Tschubajs (seit 1. 6. 1992)

Staatssekretär: Gennadij E. Burbulis (seit 8. 5. 1992)

Ministerien

Äußeres: Andrej W. Kosyrew (seit 11. 10. 1990)

Inneres: Wiktor F. Jerin (seit 15. 1. 1992)

Verteidigung: Pawel S. Gratschow (seit 18. 5. 1992)

Justiz: Nikolaj W. Fjodorow (seit 10. 7. 1990)

Finanzen: Wassilij W. Bartschuk (seit 2. 4. 1992)

Wirtschaft: Andrej A. Netschajew (seit 19. 2. 1992)

Außenwirtschaft: Pjotr O. Awen (seit 22. 2. 1992)

Arbeit: Gennadij G. Melikjan (seit 15. 6. 1992)

Rußland hat als einziger Gliedstaat der ehemaligen UdSSR nicht seine staatliche Unabhängigkeit, wohl aber seine Souveränität erklärt (12. 4. 1990). Es wurde nach dem Zusammenbruch der Unionsgewalt

nach dem Augustputsch 1991 zum wesentlichen Akteur im Bemühen um neue zwischenstaatliche Strukturen auf dem Territorium der zerfallenden UdSSR. Der konsequente Unabhängigkeitskurs der Ukraine verhinderte eine neue Unionskonstruktion. Daraufhin kam es zur Gründung der GUS zwischen Rußland, Weißrußland und der Ukraine und Erweiterung der Gemeinschaft um acht unabhängig gewordene ehemalige Unionsrepubliken.

Im März 1990 wird Boris Jelzin zum Parlamentspräsidenten Rußlands, im Juli 1991 zum Präsidenten der russischen Föderation gewählt. Der ursprünglich mehrheitlich von kommunistischen Abgeordneten dominierte Volkskongreß und Oberste Sowjet folgte, wenn auch zögernd, den weitgehenden Reformvorstellungen Jelzins. In der Provinz ist die Vormachtstellung konservativer Funktionäre zunächst noch weithin vorhanden; Jelzin suchte durch Entsendung von Beauftragten auch dort an Einfluß zu gewinnen. Die KP wurde am 6. 11. 1991 endgültig verboten. Zur Durchsetzung der Wirtschaftsreform hat Jelzin im November 1991 für zwei Jahre außerordentliche Vollmachten erhalten: Er kann auf dem Gebiet der Wirtschaft Verordnungen erlassen, die Gesetzeskraft erhalten, wenn ihnen der Oberste Sowjet nicht innerhalb einer Woche widerspricht sowie die Chefs der Lokal- und Regionalverwaltungen ernennen. Alle Wahlen sind auf russischem Gebiet bis Ende November 1992 ausgesetzt.

Als Regierungschef stützte sich Jelzin auf einen Stab junger Kabinettsmitglieder wie Burbulis, Kosyrew und Gajdar. Sie betonten die staatlichen Interessen Rußlands in oft scharfer Abgrenzung von den Interessen der anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Anfang 1992 werden tiefe Brüche in der politischen Führung sichtbar: scharfe Kritik des Vizepräsidenten Ruzkoj am Präsidenten, des Parlamentsvorsitzenden Chasbulatow an der Regierung. Jelzin kann sein Reformprogramm auf dem sechsten Kongreß der Volksdeputierten Rußlands im April 1992 nur mit Mühe gegen eine konservative Mehrheit der Abgeordneten verteidigen. Als Zugeständnis an die Kritiker der Wirtschaftspolitik der Regierung werden Schumejko, Chischa und Tschernomyrdin, die als Interessenvertreter des „militärisch-industriellen Komplexes“ gelten, in das Kabinett aufgenommen. Unter dem Druck „national-patriotischer“ Kräfte geht auch die Regierung im Sommer 1992 immer stärker zu einer Position der Einschüchterung und revisionistischer Gebietspolitik gegenüber anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion über und begründet dies mit der Fürsorgepflicht für die Russen in den nichtrussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Besonders in den Beziehungen zu Georgien (Konflikt um Ossetien) und Moldowa (Konflikt um die Dnjestr-Republik) wird diese von Vizepräsident Ruzkoj vertretene Politik der Härte deutlich. Außenminister Kosyrew äußert scharfe Kritik an dieser Haltung und warnt davor, die russische Außenpolitik „an den Hurrapatriotismus zu verpacken“.

Neue Parteien (bzw. parteiähnliche Gruppierungen und Bewegungen)

„Bewegung Demokratisches Rußland“, im Januar 1990 aus lokalen Wählergruppen entstanden; Dachorganisation für verschiedene Parteien und gesellschaftliche Bewegungen, etwa 1,5 Millionen Mitglieder; „Demokratische Partei Rußlands“, im Mai 1990 von N. Trawkin gegründet, rund 50 000 Mitglieder; „Republikanische Partei Rußlands“, im November 1990 aus der Demokratischen Plattform der KPdSU entstanden, 5000–7000 Mitglieder; „Sozialdemokratische Partei der RSFSR“ im Mai 1990 gegründet, etwa 5000 Mitglieder, Spitzenvertreter O. Rumjanzew, L. Wolkow und B. Orlov; „Volkspartei des Freien Rußlands“, 100 000 Mitglieder, vertreten im Obersten Sowjet Rußlands durch 100 Abgeordnete, ging nach dem August-Putsch 1991 aus der KP hervor, ihr Vorsitzender ist A. Ruzkoj; „Sozialistische Partei der Werktätigen“, aus der KP hervorgegangen, wird durch 24 Abgeordnete im Obersten Sowjet Rußlands vertreten, unter ihren Vorsitzenden sind A. Denissow und R. Medwedjew; „Bauernpartei Rußlands“, im September 1990 gegründet, setzt sich für die Auflösung der Sowchosen und Kolchosen und für Privateigentum an Grund und Boden ein. Vorsitzender ist J. Tschernitschenko. Daneben entstanden Parteien, die sich ganz und gar im Rahmen der alten Reichsordnung und des Sowjetsystems bewegen. Die bekannteste restaurative Gruppierung ist die „Liberaldemokratische Partei“, deren Vorsitzender Schirinowski – im Widerspruch zur irreführenden Bezeichnung der Partei – zum Protagonisten des rechten Lagers in Rußland aufstieg.

Strategische Nuklearwaffen

12 Komplexe für stationäre Interkontinentalraketen, 10 Komplexe mobiler Interkontinentalraketen (zusammen über 1064 Trägersysteme mit 4278 nuklearen Sprengköpfen), 122 schwere Bomber mit 367 Flugzeugschwerbomben; 940 Trägersysteme auf U-Booten mit 2804 nuklearen Sprengköpfen.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Rußland verlangt zentrale Führung der GUS-Streitkräfte, gleichzeitig fordert es Abrüstung und strukturelle Militärreformen. Möglichst alle Streitkräfte auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR – zumindest aber die sogenannten strategischen Kräfte der ehemaligen Sowjetarmee (außer Truppen des Innenministeriums, den Einberufungsbehörden, der Zivilverteidigung) – sollen einer zentralen Führung unterstellt werden. Vorschläge, die GUS-Streitkräfte dem russischen Verteidigungsministerium zu unterstellen, die von dem Anspruch der Rechtsnachfolge der UdSSR untermauert werden, stoßen auf heftigen Widerspruch der übrigen GUS-Staaten. Der Streit mit der Ukraine um die Verfügung über die Schwarzmeerflotte Mitte Januar 1992 wurde durch einen Aufteilungskompromiß vorläufig entschärft.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Grundprobleme: 1. russische Bevölkerung in den anderen ehemaligen Unionsrepubliken (25 Millionen) und ihre Interessenvertretung durch Rußland; 2. separatistische Bestrebungen in den nationalen Gebietskörperschaften, besonders in Tatarstan und im Nordkaukasus, und interethnische Konflikte in anderen Autonomien wie beispielsweise in Tuwa oder Jakutien; 3. Grenzforderungen gegenüber anderen Unionsrepubliken; 4. Grenzfragen gegenüber ausländischen Staaten wie Japan (Kurilen); 5. nach der Gründung der GUS kam es zu wachsenden Spannungen zwischen Moskau und Kiew, wie zum Beispiel über die Schwarzmeerflotte und die Preisreform.

Außenpolitische Orientierung

Vorrangige Ziele der russischen Außenpolitik betreffen die GUS und die führende Rolle Rußlands in der Gemeinschaft, die Integration in die europäische Staatenwelt und die weitere Verständigung mit den USA. In der außereuropäischen Welt hat Ostasien mit Japan und China und der Mittlere Osten einschließlich des „benachbarten islamischen Auslandes“, das heißt der ehemaligen muslimischen Unionsrepubliken, Priorität.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 856 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 59 Prozent; BSP pro Kopf: 5810 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 116.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989	3,2	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	277	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	31 %	42 %
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	74 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	56,6 %	(55,5)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	64,2	(64,6)
Frauen	74,5	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	3 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau 42 Prozent; Land- und Forstwirtschaft 14 Prozent; Handel und Verkehr 23 Prozent; Dienstleistungen 21 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Energierohstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle) sowie Erze werden in großen, aber in den letzten Jahren abnehmenden (bei Erdgas: nahezu stagnierenden) Mengen gewonnen. Die Förderung bei Erdöl (1991: 461 Millionen t) könnte sich Mitte der neunziger Jahre auf einem

Niveau von 350–400 Millionen t pro Jahr stabilisieren. Bei Erdgas (1991: 643 Milliarden m³) ist das Fördermaximum möglicherweise bald erreicht. Bei Kohle (1991: 353 Millionen t) ist ein weiterer Förderrückgang zu erwarten. Bei Erdöl macht der Anteil Rußlands an der Förderung der UdSSR (bzw. der GUS) gegenwärtig 90 Prozent, bei Erdgas 77 Prozent und bei Kohle 55 Prozent aus. Nach konventioneller Schätzung beträgt die „statische“ Lebensdauer (bei gleichbleibender Förderung) der erschlossenen Erdölreserven etwa 15 Jahre, der Ergasreserven etwa 50 Jahre, der Kohlereserven etwa 300 Jahre. Insbesondere bei der Förderung von Erdöl und Erdgas sind die Verluste durch defekte Förderanlagen und Leitungen hoch. Eisenerz wird im Umfang von über 60 Millionen t, das sind mehr als 50 Prozent der UdSSR-Förderung, gewonnen. Die Stromerzeugung in Wärme- und Kernkraftwerken sowie durch Wasserkraft kann den Inlandsbedarf nur knapp decken. Die Goldförderung beträgt um 200 Tonnen/Jahr (etwa zwei Drittel der UdSSR-Förderung), die Diamantenförderung um 7 Millionen Karat (100 Prozent der UdSSR-Förderung). In Rußland befinden sich Uranreserven in Höhe von 30 Prozent der UdSSR-Reserven (14 Prozent der Weltlagerstätten). Die Förderung der verschiedenen Rohstoffe stößt auf eine Reihe von Problemen. Teilweise sind die kostengünstig zu fördernden Vorkommen schon weitgehend erschöpft (zum Beispiel die Erdölvorkommen in Westsibirien). Weithin sind die Förderanlagen veraltet und verschlissen (vor allem bei der Kohle- und Erdölförderung). Die praktisch unerschöpflichen sibirischen Kohlefelder sind geographisch ungünstig gelegen.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Maschinen- und Fahrzeugbau, chemische Industrie sowie militärische Produktion ist im westlichen Rußland (Städte Moskau und St. Petersburg), im Uralgebiet sowie im südlichen Westsibirien (Kusnezker Becken) konzentriert.

Landwirtschaft (1987/1988):

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 89; Getreiderzeugung: 92 Millionen t; Import: 20 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 18 Prozent.

Erträge bei Getreide, Kartoffeln und Gemüse reichen zur Selbstversorgung angesichts des großen Ausmaßes von Lagerungs- und Transportverlusten (etwa ein Drittel der Ernte) nicht aus; Fleischimporte sind ebenfalls notwendig.

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Sehr hoher Ausfuhrüberschuß bei Erdöl bzw. Erdölprodukten sowie bei Erdgas, daher insgesamt Ausfuhrüberschuß.

Kernkraftwerke in Betrieb:

Standort	Bruttoleistung (MW)	Reaktortyp	Jahre der Inbetriebnahme
Kursk	4 × 1000	Graphit-moderiert	1977–1986
Smolensk	3 × 1000		1983–1985, 1990
St. Petersburg	4 × 1000		1974–1976
Balakowo (bei Saratow)	3 × 1000	Druckwasser	1986, 1988, 1989
Kola	4 × 440		1973–1975, 1982–1984
Nowo-Woronesch	2 × 440		1972–1973
	1 × 1000		1981
Twer (Kalinin)	2 × 1000		1985–1987
Bjelojarskij (bei Swerdlowsk)	1 × 600	Brüter	1981
Bilibino (Ostsibirien)	4 × 12		1974–1976

Ökologie:

Große radioaktiv verseuchte Flächen im Uralgebiet sowie im südlichen Westsibirien. Weite Verbreitung von Umweltschäden, verursacht durch rücksichtslosen Abbau von Bodenschätzen, überalterte Produktionsanlagen, fehlende Klär- und Filteranlagen. Hohe Luftverschmutzung. Landwirtschaftliche Flächen durch Versalzung und Überdüngung geschädigt. Gefahren durch Kernkraftwerke, die westlichen Sicherheitsanforderungen nicht genügen.

Besondere ökologische Krisengebiete sind: Die Städte Moskau und St. Petersburg, die Halbinsel Kola, die Mittelwolga und das Kama-Gebiet, das Kalmückengebiet, das südliche Ural-Industriegebiet, der Norden des Kaspischen Meeres, das Kusbass, das Baikal-Gebiet, die Insel Nowaja Semlja, das nördliche Westsibirien.

Tadschikistan

Amtliche Bezeichnung: Republik Tadschikistan

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 143 100 km² (0,6 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Duschanbe (1989: 0,6 Millionen Einwohner).

Nationale Gebietskörperschaften: Autonomes Gebiet Berg-Badachshan (160 000, davon 143 000 Tadschiken und Bergvölker); Hauptstadt: Chorog.

Bodengestalt: Zu 70 Prozent Hochgebirge.

Klima: Kontinental mit sehr heißen Sommern.

Einwohner am 1. 1. 1991: 5,4 Millionen (1,9 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 37,4 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Iranisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 62 Prozent; Usbeken 23,5 Prozent; Russen 8 Prozent; Tataren 1 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

um 1870 Norden Tadschikistans (zum Chanat Kokand gehörig) kommt unter russische Oberhoheit.

- 1918 Norden wird Teil der Autonomen Sowjetrepublik Turkestan.
- 1924 Autonome Sowjetrepublik innerhalb der Unionsrepublik Usbekistan; die Sowjetisierung schafft durch nationale Abgrenzung, Alphabetisierung und Etablierung einer tadschikischen Nationalsprache Ansätze zu einem Nationalbewußtsein.
- 1929 Unionspolitik; Beginn der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung.
- 1936 Niederschlagung der Autonomiebewegung der Basmat-schen und Ausrottung der tadschikischen Führungsschicht.
- 1990 Im Februar Unruhen und Pogrome in Stadtbezirken Duschanbes mit nicht-tadschikischer Bevölkerung; Ursachen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Präsident: Rachman N. Nabijew (seit 24. 11. 1991)

Regierungschef: Akbar Mirsojew (seit 9. 1. 1992)

Außenminister: Chudojberdi Chaliknasarow (seit 11. 5. 1992)

Tadschikistan gehörte zu jenen zentralasiatischen Unionsrepubliken, in denen das kommunistische Ancien régime den stärksten Widerstand gegen Glasnost und Perestrojka und gegen die Bildung einer nationalen, religiösen und politischen Opposition ausübte. Durch den gescheiterten Putsch restaurativer Kräfte in Moskau kam es im August 1991 aber auch hier zu innenpolitischen Erschütterungen.

Präsident K. Machkamow mußte wegen begünstigender Haltung gegenüber den Putschisten zurücktreten. Tadschikistan erklärte am 9. September 1991 seine staatliche Unabhängigkeit. Übergangspräsident Aslonow scheiterte an dem Versuch, die KP zu verbieten und aufzulösen. Das ganz von Kommunisten dominierte Parlament setzte an seine Stelle Rahmon Nabijew, der bereits 1985 als KP-Chef und Vertreter der „alten Garde“ auf Befehl Moskaus abgesetzt worden war. Nabijew ließ sich in einer umstrittenen Präsidentschaftswahl im November 1991 in seinem Amt bestätigen. Im Januar 1992 nahm die KP Tadschikistans, die sich nach dem Moskauer Putsch in „Sozialistische Partei“ umbenannt hatte, ihren alten Namen wieder an. Gegen das kommunistische Establishment bildete sich seit den Unruhen in Duschanbe im Februar 1990 wachsende Opposition. Ihre stärkste Komponente ist eine islamische Bewegung, die von der „Partei der islamischen Wiedergeburt“ verkörpert wird. Diese Opposition erwirkte nach monatelangen Protesten und Demonstrationen im Mai 1992 ihre Beteiligung an der Regierungsgewalt und besetzt gegenwärtig ein Drittel der insgesamt 24 Ministerien.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Die Republik stimmt einer zentralen Führung der GUS-Streitkräfte zu. Im Januar 1992 wird ein nationales Verteidigungskomitee unter Generalmajor F. Nijasow gegründet. Zu früheren Zeitpunkten wurde von Waffenzufluß aus Afghanistan an islamische Gruppierungen und von Selbstschutzabteilungen russischsprachiger Minderheiten berichtet.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Es existieren zahlreiche interethnische Konflikte in der ärmsten Republik der ehemaligen UdSSR. Die Auswanderungszahlen der russischen und anderen Minderheiten sind hoch (1989–1991 über 100 000). Es gibt Probleme mit Usbekistan, zum Beispiel über die Verwaltungshoheit über Buchara und Samarkand. Die Aktivität politisierter islamischer Gruppen (Partei der islamischen Wiedergeburt, Wahhabiten) ist hier stärker als in anderen muslimischen Regionen der ehemaligen UdSSR. Innenpolitische Machtkämpfe bestehen nicht nur zwischen der exkommunistischen Regierung und oppositionellen Gruppierungen, sondern auch zwischen Regionen (Chodschent/Leninabad und Kuljab versus Kurgan-Tjube). Das besonders unterentwickelte und verarmte autonome Gebiet Berg-Badachschan trat zuletzt zunehmend in Opposition zur Regierung in Duschanbe und entwickelte eine nationale Autonomiebewegung.

Außenpolitische Orientierung

Aus historischen und ethnischen Gründen erfolgt eine starke Anlehnung an den Iran und an Afghanistan. Beziehungen zu islamischen Staaten (Saudi-Arabien) sind verstärkt. Eine Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken ist vereinbart.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 11,9 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 0,8 Prozent; BSP pro Kopf: 2340 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 47.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989	6,1	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	123	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	87 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	31 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	47,2 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	66,8	(64,6)
Frauen	71,7	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	10–20 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 21 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 42 Prozent; Handel und Verkehr: 17 Prozent; Dienstleistungen: 20 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Geringfügige Energierohstoffe: Förderung von Erdöl (0,2 Millionen t) und Ergas: (0,2 Milliarden m³); Gewinnung von Blei, Zink, Wolfram, Zinn, Gold (1 Prozent der UdSSR-Förderung) und Uran (Uranreserven in Höhe von 30 Prozent der UdSSR-Reserven, das heißt 14 Prozent der Weltlagerstätten); Wasserkraftwerke zur Stromerzeugung, auch für Aluminiumherstellung.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Nahrungsmittel- und Textilindustrie.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 68; Getreideerzeugung: 0,3 Millionen t; Import: 1,6 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 84 Prozent.

Der Anteil an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Baumwolle (11 Prozent) ist bedeutend. Daneben wird Reis, Mais, Gemüse, Melonen, Gewürzpflanzen und Getreide angebaut; Schafhaltung und Seidenraupenzucht. Geographisch bedingte Landarmut: nur 6 Prozent des Territoriums sind landwirtschaftlich nutzbar. Die geringe Produktivität wird durch Behinderung der Pacht, der privaten Bauernwirtschaften sowie der Privatisierung des Bodens verstärkt; auf dem Land gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit.

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Öl und Gas, Erzeugnissen der chemischen Industrie und des Maschinenbaus sowie bei Nahrungsmitteln; über 80 Prozent des verbrauchten Getreides müssen importiert werden. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Buntmetallen und Produkten der Leichtindustrie. Außenhandel mit dem Iran nimmt zu.

Ökologie:

Umweltzerstörung als Folge der Baumwollwirtschaft geringer als in den Nachbarrepubliken; Bodenverknappung; ökologisch bedingte Gesundheitsschäden (Säuglingssterblichkeit).

Turkmenistan

Amtliche Bezeichnung: Republik Turkmenistan

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 488 100 km² (2,2 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Aschchabad (1989: 0,4 Millionen Einwohner).

Bodengestalt: Zu 80 Prozent Tiefebene (Wüste Karakum).

Klima: Extrem kontinental.

Einwohner am 1. 1. 1991: 3,7 Millionen (1,3 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 7,6 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titulnation: Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch; starke Stammesstrukturen.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 72 Prozent; Usbeken 9 Prozent; Russen 9,5 Prozent; Kasachen 2,5 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1877 Beginn der Unterwerfung einzelner nomadisierender Stämme durch Rußland.
- 1881 Russische Truppen stürmen die Festung Gök-Tepe, dabei kommen über 14 000 Turkmenen um.
- 1918 Proklamation der Turkestanischen Autonomen Sowjetrepublik.
- 1925 Turkmenische Sowjetrepublik; Landreform.
- 1928 Beginn der Kollektivierung.

Politische Führung und staatliche Unabhängigkeit

Präsident: Saparmurad A. Nijasow (seit 27. 10. 1990)

Außenminister: Awdy O. Kulijew (seit 21. 5. 1990)

Turkmenistan ist bis heute diejenige ehemalige Unionsrepublik, in der die alten kommunistischen Herrschaftsstrukturen am wenigsten angetastet wurden. Die konservative kommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung konnte sich auch nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau 1991 halten. Die wichtigste Veränderung infolge des Zusammenbruchs der Unionsgewalt nach dem August 1991 war für Turkmenistan die Unabhängigkeitserklärung vom 27. Oktober. In der Republik kam es nur in sehr zarten Ansätzen zu einer Oppositionsbildung (Volksfront „Agzybirlik“/„Einheit“). Am 16. 12. 1991 löste sich die KP zwar selber auf, hält aber unter dem Etikett „Demokratische Partei Turkmenistans“ weiterhin das politische Machtmonopol. An der Spitze des alten Establishments steht mit Präsident Nijasow ein nicht unpopulärer Republikführer, der rasche wirtschaftliche und politische Reformen verweigert und diese Haltung mit dem Argument, Turkmenistan werde sich nicht vorschreiben lassen, was es zu tun hat, abzusichern versucht. Nijasow war der erste Republikpräsident in der Sowjetunion, der sich 1990 von der Bevölkerung „wählen“ ließ. Eine Wiederholung der Präsidentschafts-„wahl“ erbrachte im Juni 1992 99,5 Prozent der Stimmen für den einzigen Kandidaten Nijasow.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Präsident Nijasow stimmte auf dem Minsker Treffen der GUS-Republikführer überraschend für eigene Streitkräfte, nachdem er vorher keine militärpolitischen Optionen geltend gemacht hatte, rückte dann aber wieder von dieser Position ab und kündigte lediglich den Aufbau eines eigenen Verteidigungsministeriums an, dem innere Truppen und Nationalgarde unterstehen sollen.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Bislang sind keine interethnischen Konflikte größeren Ausmaßes bekannt geworden. Im Mai 1989 kam es in Aschchabad und Nebitdag zu Unruhen mit sozialem und ethnischen Hintergrund. Turkmenistan stellt sich selber als einzige Republik der Stabilität in der zerfallenden Sowjetunion dar. Informationen über gegenteilige Realitäten werden möglicherweise unterdrückt. Tatsächlich entfällt hier

aber weitgehend der Faktor der nationalen und politischen Massenmobilisierung, der in anderen ehemaligen Unionsrepubliken für Unruhe sorgte. Soziale und ökologische Krisenfaktoren bestehen hier wie in anderen zentralasiatischen Republiken in scharfer Ausprägung. Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen sind denkbar.

Außenpolitische Orientierung

Kooperation mit Kasachstan und den mittelasiatischen Nachbarrepubliken vereinbart. Intensivierte Beziehungen mit Iran und Türkei.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 11,8 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 0,8 Prozent; BSP pro Kopf: 3370 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 67.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989	5,6	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	156	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	78 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	45 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	49,8 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	61,8	(64,6)
Frauen	68,4	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	6 %	(5 %)
(andere Angaben: 20 %)		

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 21 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 41 Prozent; Handel und Verkehr: 18 Prozent; Dienstleistungen: 20 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

11 Prozent der UdSSR-Erdgasförderung (1989: 90 Milliarden m³); 1 Prozent der UdSSR-Erdölförderung (1989: 6 Millionen t); Gewinnung von Schwefel, Kochsalz, Glaubersalz.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Metallurgie, Chemie und Petrochemie, Maschinenbau, Textilindustrie.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 89; Getreideerzeugung: 0,3 Millionen t; Import: 1,2 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 80 Prozent.

Bedeutender Anteil an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Baumwolle (15 Prozent). Erzeugung von Getreide, Gemüse, Obst; Seidenraupenzucht, Weidewirtschaft (Karakulschafe).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und bei Nahrungsmitteln. Etwa 80 Prozent des verbrauchten Getreides wird importiert. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Öl und Gas sowie Erzeugnissen der Leichtindustrie. Ausgeglichene Handelsbilanz.

Seit Ende 1991 verstärkter Außenhandel mit Iran. Kooperation bei off-shore-Bohrungen im Kaspischen Meer mit iranischen Firmen.

Ökologie:

Krisenregion am Ostufer des Kaspischen Meeres; durch Dammbau verursachte Austrocknung der Kara-Bogas-Gol-Bucht. Negative Auswirkungen des Baumwollanbaus und des für diesen Zweck angelegten Kara-Kum-Kanals. Starker Einfluß ökologischer Faktoren (Wassermangel und Wasserverschmutzung) auf Krankheits- und Sterblichkeitsraten (sehr hohe Säuglingssterblichkeit).

Ukraine

Amtliche Bezeichnung: Ukraine

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 603 700 km² (2,7 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Kiiw (Kiew) (1989: 2,6 Millionen Einwohner).

Nationale Gebietskörperschaften: Wiedererrichtung einer autonomen Krimrepublik (2,4 Millionen, davon 1,6 Millionen Russen, 0,6 Millionen Ukrainer); Hauptstadt: Simferopol.

Bodengestalt: Ebenen sowie Gebirgsregionen (Karpaten, Krim).

Klima: Gemäßigtes Kontinentalklima, an der Südküste der Krim subtropisch.

Einwohner am 1. 1. 1991: 51,9 Millionen (18 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 86,0 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titulnation: Sprachgruppe: Ostslawisch; Religion: Russisch-orthodox.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titulnation 73 Prozent; Russen 22 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1569 Polen löst die Herrschaft Litauens in der Ukraine ab.
- 1654 Der Kosaken-Hetman Chmelnyzki erkennt Rußland als Schutzmacht gegenüber Polen für die ukrainischen Gebiete östlich des Dnepr (Ostukraine) an.
- 1795 Durch dritte Teilung Polens fällt die westliche Ukraine (ohne Galizien) an Rußland.
- 1919 Die westliche Ukraine fällt im Versailler Vertrag an Polen; Unabhängigkeitserklärung.
- 1921 Sowjetrepublik.
- 1922 Gründungsmitglied der UdSSR.
- 1932–33 Kollektivierung und Getreiderequirierung haben Hungersnot mit 5–6 Millionen Toten zur Folge.
- 1939 Anschluß der bisher polnischen Westukraine (Hauptstadt: Lwiv/Lemberg) an die ukrainische Sowjetrepublik als Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes.
- 1941–44 Krieg und deutsche Besetzung; enorme Bevölkerungsverluste: zwischen 1939 und 1951 Bevölkerungsrückgang um 8 Prozent.
- 1945 Nordbukowina und Bessarabien von Rumänien sowie Karpatho-Ukraine von der Tschechoslowakei angegliedert; Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.
- 1954 Durch Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR kommt die Krim zur Ukraine.
- 1989 Volksfront „Ruch“ (Bewegung) gegründet.

Staatliche Unabhängigkeit

Souveränitätserklärung am 16. 7. 1990; Unabhängigkeitserklärung am 24. 8. 1991. Nach dem Putsch war die Republik ein wesentlicher Akteur bei der Bildung neuer zwischenstaatlicher Strukturen der UdSSR, nahm aber eine strenge antizentralistische Haltung ein. Am 1. 12. 1991 Volksentscheid für Unabhängigkeit. Der konsequente Unabhängigkeitskurs der Ukraine verhinderte eine neue Unionskonstruktion. So kam es zusammen mit Rußland und Weißrußland am 8. 12. 1991 in Minsk zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Ukraine vertritt in der GUS die strikteste Position nationaler Souveränität und opponiert damit gegen die Vormachtstellung Rußlands.

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: Leonid M. Krawtschuk (seit 1. 12. 1991)
Regierungschef: Witold P. Fokin (seit 14. 11. 1990)
Stellvertreter: Walentin Symonenko (seit 11. 7. 1992)
Außenminister: Anatolij M. Slenko (seit 27. 7. 1990)

Nach den Parlamentswahlen 1990 gab es eine konservative kommunistische Mehrheit in Parlament und Regierung, die sich zunehmend die Unabhängigkeitsparolen der nationalen Opposition zu eigen machte. Aus der nationalen Volksfront „Ruch“ entstand ein Mehrparteienspektrum in Opposition zur kommunistischen Parlamentsmehrheit, zum Beispiel die „Ukrainische Republikanische Partei“ mit rund 10 000 Anhängern in der Westukraine, die „Ukrainische Nationale Partei“, die „Sozialdemokratische Partei“ (1300 Mitglieder). Starke regionale Unterschiede im Politisierungsprozeß zwischen der West- und Ostukraine sind feststellbar. In der Westukraine sind nationale Bestrebungen besonders stark ausgeprägt. An die Spitze des Unabhängigkeitskurses setzte sich jedoch 1990 in sehr geschickter und überzeugender Weise der stellvertretende Vorsitzende der KP der Ukraine und Parlamentspräsident der Republik, L. Krawtschuk. Er wurde von einer Mehrheit der Bevölkerung als „stabilisierender Faktor“ beim Übergang der Ukraine in die Eigenstaatlichkeit angesehen. Nach dem August-Putsch von 1991 ließ Parlamentspräsident Krawtschuk die KP verbieten. Am 1. 12. 1991 wurde er mit 61,5 Prozent der Stimmen zum Präsidenten der Ukraine gewählt; der Gegenkandidat der demokratischen Opposition, W. Tschornowil, erhielt ein Viertel der Stimmen. Die Auseinandersetzung mit Rußland um die Schwarzmeerflotte und die Hoheit über die Krim stärkte das nationale Prestige des ukrainischen Präsidenten. Im Frühjahr 1992 stattete das Parlament Krawtschuk mit weitreichenden exekutiven Vollmachten aus.

Strategische Nuklearwaffen

176 Interkontinentalraketen mit 1240 Sprengköpfen, 101 schwere Bomber mit 168 Flugzeugsbomben.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

In der Unabhängigkeitserklärung wurden Ziele der Neutralität und Nuklearwaffenfreiheit formuliert. Bis Mitte 1992 sollen alle taktischen, bis Ende 1994 alle strategischen Nuklearwaffen aus der Ukraine nach Rußland abgezogen werden. Die Aufstellung einer nationalen Armee im Umfang von über 400 000 Mann wird gefordert. Im September 1991 Ernennung eines Verteidigungsministers der Republik. Präsident Krawtschuk beansprucht Oberbefehl über alle nichtstrategischen Streitkräfte der Sowjetarmee auf ukrainischem Territorium, wobei zwischen Rußland und der Ukraine unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie diese zu definieren sind. Der Streit um die Schwarzmeerflotte wird im August 1992 durch Einigung auf Verhandlungen über die Aufteilung zwischen Ukraine und Rußland im Jahre 1994 formell beigelegt. Vereidigung sowjetischer Truppen auf die Ukraine führt zu schweren Spannungen mit Oberkommando und innerhalb der Armee.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Sowohl Krawtschuk als auch die Volksfront Ruch vertreten ein nationalstaatliches Konzept, das alle Nationalitäten auf dem Territorium der Ukraine in eine ukrainische Nation einbezieht. Bislang keine nennenswerten interethnischen Konflikte im Inneren. Der Streit um Rußland um die Verfügung über die Schwarzmeerflotte und die nationale Hoheit über die Krim brachte allerdings Spannungen in die russisch-ukrainischen Beziehungen in dem betreffenden Gebiet. Theoretisch ist das Konfliktpotential aufgrund des hohen russischen Anteils an der Bevölkerung der Ukraine hoch und kann von außen (Rußland) entzündet werden. Ethnisch gesehen gibt es eine ungenaue Grenzziehung zu Rußland. Gebiete mit starker oder mehrheitlich russischer Bevölkerung (Donbass). Den höchsten russischen Bevölkerungsanteil hat die Krim. Umstrittene Grenzziehung auch gegenüber Moldowa. Rumänien erhebt Ansprüche auf Teile der Nordbukowina (Tschernowzy) und auf Gebiete Bessarabiens südlich von Odessa. Umstritten ist auch die Karpatho-Ukraine mit ihrer ruthenischen Bevölkerung. Ansprüche auf Teile des Gebietes werden von nationalistischen Kräften in der CSFR und in Ungarn erhoben. Die Ruthenen fordern nationalen Autonomiestatus innerhalb der Ukraine. Regionalistische Tendenzen in „Neurußland“ (Gebiete Odessa, Cherson, Dnepropetrowsk), im Donezbecken und in Kriwoj-Rog.

Außenpolitische Orientierung

Laut Art. 10 der Souveränitätserklärung ist eine Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß beabsichtigt. Volle Integration in die Europäische Gemeinschaft angestrebt. Bei bilateralen Beziehungen gibt es eine Priorität gegenüber Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Türkei. „Beträchtliche Interessen“ bestehen gegenüber Staaten mit ukrainischer Bevölkerung: USA (1,5 Millionen), Kanada (1 Million), Brasilien (0,4 Millionen).

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 243,0 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 16,8 Prozent; BSP pro Kopf: 4700 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 94.

Lebensverhältnisse

Durchschnittliche Familiengröße 1989	3,2	(UdSSR) (3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	246	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	40,5 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	68 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	55,8 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	66,1	(64,6)
Frauen	75,2	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	4 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 40 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 20 Prozent; Handel und Verkehr: 21 Prozent; Dienstleistungen: 19 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

Der wichtigste Rohstoff ist immer noch die Kohle, wenn sie auch ihre Bedeutung für die Versorgung des Wirtschaftsraums der ehemaligen Sowjetunion längst verloren hat. Die Ukraine produziert – zu verhältnismäßig hohen Kosten – noch annähernd genügend Kohle für den Eigenverbrauch, ist jedoch als Netto-Kohleexporteur von keiner großen Bedeutung mehr. Die Fördermenge ist zurückgegangen (1991: 136 Millionen t), wofür neben der Erschöpfung der Lagerstätten zunehmend der Mangel an Ausrüstungen, insbesondere an Grubenholz, verantwortlich ist. Die Erdgasförderung ist gering (1991: 24 Milliarden m³), die Erdölförderung unbedeutend (1991: 5 Millionen t). Insgesamt ist die Ukraine seit den siebziger Jahren zu einem Nettoimporteur von Energie geworden. Dagegen hat sie bis in jüngste Zeit bei der Förderung von Uran etwa die Hälfte, bei Eisenerz etwa 45 Prozent und bei Manganerz etwa 40 Prozent des Aufkommens der UdSSR bestritten. Bislang war die Elektrizitätserzeugung ausreichend, und es war sogar Stromexport in die westlichen Nachbarländer bis nach Österreich möglich. Etwa ein Viertel der Elektrizität wird in sechs Kernkraftwerken produziert.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Besonders entwickelt sind Metallurgie, chemische Industrie, Maschinenbau, Fahrzeug- und Schiffbau sowie Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe). In der Ukraine wurden bisher etwa die Hälfte der Panzer und Raketen der sowjetischen Armee produziert; die Rüstungsindustrie zählt 1,2 Millionen Beschäftigte. 36 Prozent der Schwarzmetallerzeugnisse, 34 Prozent der Stahlrohre, 36 Prozent der Wechselstrommotoren und ebenfalls 36 Prozent der Fernsehgeräte der UdSSR werden in der Ukraine hergestellt. Die Industrie ist stark von Rohstoffimporten abhängig.

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 120; Getreideerzeugung: 45 Millionen t; Export: 4 Millionen t.

Bedeutende Anteile an der Gesamtproduktion der UdSSR bei Zuckerrüben (53 Prozent), Kartoffeln (27 Prozent), Getreide (26 Prozent), Gemüse (26 Prozent), Fleisch (22 Prozent); hauptsächlich Tabakproduzent der UdSSR.

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leichtindustrie, Holz und Papier sowie bei Öl (1990: 53 Millionen t, das heißt das Zehnfache der Eigenförderung) und Gas (1990: 83 Milliarden m³, das heißt das Dreifache der Eigenförderung); hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie und der Nahrungsmittelindustrie, bei Kohle (1990: 20 Millionen t, das heißt 12 Prozent der Produktion) und Strom (1990: 22 Milliarden KWh, das heißt 7 Prozent der Produktion); Stromexport auch in die ehemaligen RGW-Länder. Beabsichtigt ist Einfuhr von iranischem Erdöl und Erdgas anstelle russischer Lieferungen über neue Pipeline vom Iran über Aserbaidschan sowie neuen Terminal in Odessa. Die Bezahlung soll mit Erzeugnissen der Schwerindustrie, darunter auch mit Rüstungsgütern, erfolgen.

Kernkraftwerke in Betrieb:

Standort	Bruttoleistung (MW)	Reaktortyp	Jahre der Inbetriebnahme
Chmelnitzki	1 × 1000	Druckwasser	1988
Rowno	2 × 440		1981–1982
	1 × 1000		1987
Saparoshje	5 × 1000		1985–1989
Nikolajew	3 × 1000		1983–1985, 1989
Tschernobyl	2 × 1000	Graphit-moderiert	1978–1982

Ökologie:

Land- und forstwirtschaftliche Flächen durch Erosion und Versalzung schwer geschädigt. Tschernobyl-Folgen: 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche gelten als radioaktiv verseucht. Vier Millionen Menschen leben in radioaktiv belasteten Gebieten. Viele technologisch veraltete Chemiefabriken mit hoher Schadstoffemission, besondere Zuspitzung im Donezk-Becken. Lagerung der radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke bereitet Schwierigkeiten, nachdem das Bergbau- und Chemiekombinat Krasnojarsk (Rußland) ab 1992 nicht mehr dazu bereit ist.

Usbekistan

Amtliche Bezeichnung: Republik Usbekistan

Geographie und Bevölkerung

Fläche: 447 400 km² (2 Prozent des UdSSR-Werts).

Hauptstadt: Taschkent (1989: 2 Millionen Einwohner).

Nationale Gebietskörperschaften: Autonome Republik der Karakalpakien (1,2 Millionen, davon 390 000 Karakalpakien, 397 000 Usbeken, 318 000 Kasachen); Hauptstadt: Nukus.

Bodengestalt: 70 Prozent des Territoriums sind Halbwüsten und Wüsten; Gebirgszonen; Aralsee.

Klima: Extrem kontinental und trocken.

Einwohner am 1. 1. 1991: 20,7 Millionen (7 Prozent des UdSSR-Werts).

Bevölkerungsdichte: 46,3 Einwohner/km² (UdSSR: 13,0).

Titularnation: Sprachgruppe: Türkisch; Religion: Sunnitisch-muslimisch.

Anteile der Nationalitäten 1989: Titularnation 71 Prozent; Tadshiken 5 Prozent; Tataren 2 Prozent; Russen 8 Prozent; Kasachen 4 Prozent; Karakalpak 2 Prozent.

Politik

Neuere Geschichte

- 1864–67 Russische Eroberung usbekischer Gebiete (Taschkent unter anderem) und Bildung des Generalgouvernements Turkestan.
- 1876 Russische Oberherrschaft über das Chanat Kokand; die Khanate Buchara, Chiwa werden formell unabhängige russische Protektorate.
- 1920 Khanat Chiwa wird Choresmische Sowjetische Volksrepublik, Khanat Buchara wird Sozialistische Volksrepublik.
- 1924 Unionsrepublik.
- 1929 Ausgliederung der Tadshikischen ASSR.
- 1936 Eingliederung der Karakalpakischen ASSR (zuvor bei der RSFSR).
- 1983 Parteichef Raschidow begeht in Moskau Selbstmord, nachdem seine Verwicklung in die Baumwollkorruptionsaffäre aufgedeckt wird.
- 1988 Gründung der Volksfront Birlik (Einheit).

Politische Führung und Kräfteverhältnisse

Präsident: Islam A. Karimow (seit 24. 3. 1990)
Regierungschef: Abdulhaschim Mutalow (seit 13. 1. 1992)
Außenminister: Ubajdulla A. Abdurassakow (seit 7. 1. 1992)

Eine konservative kommunistische Mehrheit bestimmt Parlament und Regierung. Nach dem Putsch erfolgte eine Lostrennung von der KPdSU und Umbenennung der KP. Die politische Führung unter Karimow stellte die Legitimierung ihrer Herrschaft zügig von der kommunistischen auf die nationalistische Grundlage um und bedient sich dabei zunehmend auch islamischer Attribute. Wie in den zentralasiatischen Nachbarrepubliken wurde die Partokratie besonders nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau in ein autoritäres Präsidialsystem umgewandelt, wobei sich Islam Karimow an politischen Modellen in asiatischen Staaten orientierte. Das Parlament erklärte am 31. August 1991 die staatliche Unabhängigkeit Usbekistans. Politische Opposition gegen das „gewendete“ alte Regime ging vor allem von der Volksfront Birlik („Einheit“) aus. Von dieser Bewegung, die 600 000 Anhänger reklamiert und einen nationalistisch-säkularistischen Kurs vertritt, spaltete sich 1989 die Partei Erk („Freiheit“) ab, die für einen kompromißbereiten Kurs gegenüber der Regierung eintritt. Zum Oppositionsspektrum gehört auch die überregionale „Islamische Partei der Wiedergeburt“, die von der bestehenden Herrschaftselite als die Hauptgefahr für das eigene politische Überleben angesehen und entsprechend bekämpft wurde.

Militärpolitik/Bewaffnete nationale Formationen

Mitte September 1990 wurde ein „Ministerium für Angelegenheiten der Verteidigung“ eingerichtet. Geplant ist der Aufbau einer kleinen (400 Mann umfassenden) Nationalgarde mit repräsentativen Aufgaben. Hohe illegale Waffenbestände sind in einzelnen Regionen vorhanden.

Grenzprobleme und Konfliktpotentiale

Es bestehen interethnische Konflikte mit besonderer Gewalteskalation 1989 (Pogrom an den Turk-Mescheten). Russen wandern verstärkt aus. Interrepublikanische Konflikte mit Tadshikistan bestehen wegen Minderheiten der eigenen Volksgruppe in der jeweils anderen Republik. Gebietsansprüche gegenüber Kirgisien (Teile des Ferganatal in der Provinz Osch). Islamisch-fundamentalistische Gruppierungen sind in einzelnen ländlichen Regionen vorhanden. Ethnisch gesehen gibt es eine unklare Grenzziehung. In Zukunft sind Konflikte mit Nachbarrepubliken um Wasserressourcen denkbar.

Außenpolitische Orientierung

Präsident Karimow vertritt den „türkischen Entwicklungsweg“. Er begründet dies Anfang 1992 folgendermaßen: „Wir folgen dem türki-

schen Modell. Dort werden die nationalen Traditionen sorgfältig und die islamischen würdig bewahrt – Vorrang hat aber die moderne Gesellschaft.“ Daneben intensiviert Usbekistan seine Beziehungen zu anderen Staaten der islamischen Welt und beteiligt sich an regionalen Kooperationsgemeinschaften mit der Türkei, Iran und Pakistan. Im Kontext des ehemals sowjetischen Zentralasien (Turkestan) stellt es schon aufgrund seiner Bevölkerungszahl eine „regionale Vormacht“ dar und konkurriert in dieser Hinsicht mit Kasachstan.

Wirtschaft

Sozialprodukt

Bruttosozialprodukt (BSP) 1989: 54,7 Milliarden US-\$; Anteil am BSP der UdSSR: 3,8 Prozent; BSP pro Kopf: 2750 US-\$; Index BSP pro Kopf (UdSSR = 100): 55.

Lebensverhältnisse

		(UdSSR)
Durchschnittliche Familiengröße 1989	5,5	(3,5)
Durchschnittliches Monatseinkommen pro Familienmitglied (Rubel) 1991	143	(250)
Bevölkerungsanteil mit Monatseinkommen unter Armutsgrenze (200 Rubel) 1991	82 %	(42 %)
Anteil der städtischen Bevölkerung 1991	40 %	(66 %)
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter 1990	49,2 %	(55,5 %)
Lebenserwartung 1989 (Jahre)		
Männer	66,0	(64,6)
Frauen	72,1	(74,0)
Arbeitslose 1991 (Schätzung)	10 %	(5 %)

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1987:

Industrie und Bau: 24 Prozent; Land- und Forstwirtschaft: 38 Prozent; Handel und Verkehr: 17 Prozent; Dienstleistungen: 21 Prozent.

Wirtschaftsbereiche

Bergbau und Rohstoffgewinnung:

5 Prozent der UdSSR-Erdgasförderung (1989: 41 Milliarden m³); geringe Erdölförderung (3 Millionen t) sowie Kohleförderung (6 Millionen t). Gewinnung von Buntmetallen. Goldförderung etwa 75 t/Jahr, das heißt 25 Prozent der UdSSR-Förderung.

Schwerpunkte der verarbeitenden Industrie:

Chemische Industrie (Düngemittelproduktion) sowie Maschinenbau (Landmaschinen).

Landwirtschaft 1987/1988:

Index der landwirtschaftlichen Produktion je Einwohner (UdSSR = 100): 68; Getreideerzeugung: 1,6 Millionen t; Import: 6,1 Millionen t; Importanteil am Gesamtverbrauch: 79 Prozent.

Monokultur Baumwolle (über 60 Prozent der Erzeugung der UdSSR) hat die Gemüse- und Getreideerzeugung zurückgedrängt und beansprucht über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche; 90 Prozent der Anbauflächen müssen künstlich bewässert werden. Wichtigster Zweig der Viehwirtschaft ist die Schafzucht (Karakulschafe).

Außenwirtschaft:

Hoher Einfuhrüberschuß bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Schwarzmetallurgie, Holz, Papier sowie Öl und Gas. Etwa 80 Prozent des verbrauchten Getreides wird importiert. Hoher Ausfuhrüberschuß bei Erzeugnissen der Leichtindustrie und der Landwirtschaft.

Ökologie:

Bodenzerstörung durch Folgen der künstlichen Bewässerung und einer ungeheuren Chemisierung der Landwirtschaft; Austrocknung des Aral-Sees durch Entzug des Wasserzulaufs. Besondere Zuspitzung in der Autonomen Republik der Karakalpak in der Aral-Region: angeblich über 60 Prozent der Bevölkerung krank, höchste Säuglingssterblichkeit in der UdSSR.

Leicht gekürzte Fassung der „Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der Staaten der GUS“, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Juli 1991 (dort auch Quellenverweise und Literaturverzeichnis).

Wirtschaftliche Probleme der Sowjetunion 1991/GUS 1992

Nach sieben Jahrzehnten zentralistischer Planwirtschaft konnten die dringenden Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Praxis nicht gelöst werden. In den siebziger Jahren wurden durch die stark steigenden Erdölpreise viele Schwächen der sowjetischen Wirtschaft überdeckt. Nach abgeschwächten Wachstumsraten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde ab 1990 die absolute Senkung der Produktions- und Leistungskennziffern sichtbar. 1991 beginnt ein sich beschleunigender Verfall wirtschaftlicher Leistungen.

Die wirtschaftlichen Prozesse der zerfallenden Sowjetunion sind von vier miteinander verbundenen Merkmalen gekennzeichnet:

1. Es handelt sich um den Zusammenbruch eines politischen Systems in seiner Gesamtheit. In bezug auf die Tiefe und Schnelligkeit der Umwandlungen ist es ein einmaliger Prozeß. Die politische Neuordnung ist mit dem Versuch des Aufbaues marktwirtschaftlicher Strukturen verbunden.

2. Es geht um die Dezentralisierung eines gewaltigen zentralgeplanten Wirtschaftskomplexes, in dem große Abhängigkeiten zwischen den Republiken, eine große Monopolisierung und eine sehr starke Differenzierung existieren.

3. Die Dezentralisierung und Neuordnung ist mit der Erlangung der staatlichen Souveränität der Republiken und einer Vielzahl von Nationalitätenfragen verbunden. Wichtige ökonomische Entscheidungen werden zum Teil nationalistischen Bestrebungen untergeordnet.

4. Für alle einzuleitenden Maßnahmen ist der politische Wille der Regierungen und Parlamente der beteiligten Republiken unabdingbar. Ein wesentliches Problem besteht darin, daß in den Parlamenten noch keine Parteien vertreten sind, die Ausdruck des politischen Willens großer Interessengruppen sind. So werden gegenwärtig mögliche Lösungen in starkem Maße durch nationale politische Entscheidungen beeinflusst. Die politische Lage Ende 1991 läßt auch nach der Bildung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch elf ehemalige Sowjetrepubliken Zweifel aufkommen, ob überhaupt eine einvernehmliche Lösung der Grundfragen zwischen den Staaten möglich sein wird.

Folgende ökonomische Hauptprobleme bestimmen den Desintegrationsprozeß der Sowjetunion:

1. Die wirtschaftliche Verflechtung der Republiken zeigt einen hohen Grad der gegenseitigen Abhängigkeit ihrer Wirtschaften. Der Grad der arbeitsteiligen Prozesse entspricht dem Niveau der kleinen offenen Volkswirtschaften der EG. Die Arbeitsteilung basiert jedoch auf oftmals willkürlichen

zentralistischen Festlegungen und führte nicht immer zu effizienten Lösungen. Die arbeitsteiligen Prozesse zwischen den ehemaligen Republiken sind gestört. Der Wegfall alter Instrumente der Kommandowirtschaft ohne entsprechenden Ersatz und die Mangelwirtschaft behinderten die Aufrechterhaltung der Kooperationsbeziehungen ebenso wie die zum Schutz der eigenen Versorgung durch die Republiken verhängten Ausfuhrverbote. Der verfallende Rubel führte zu Kompensationsgeschäften mit dem Meistbietenden. In gleicher Weise wirken die jetzt für eine Vielzahl von Waren möglichen Vertragspreise.

2. Die starke arbeitsteilige Verflechtung der Republiken ist gleichzeitig – im Gegensatz zu westeuropäischen Maßstäben – durch eine überaus hohe Monopolisierung gekennzeichnet. Selbst hinter geringen prozentualen Anteilen einzelner Republiken an der industriellen Produktion können sich sehr große Abhängigkeiten verbergen. Nach sowjetischen Untersuchungen werden von fast 6000 Maschinenbauerzeugnissen 87 Prozent durch nur einen Hersteller produziert. So zum Beispiel erzeugt Aserbaidshan 75 Prozent der Ausrüstungen für die Erdölförderung. Der Ausfall eines Herstellers bzw. die politischen, ökonomischen und militärischen Auseinandersetzungen in Krisengebieten haben oft weitreichende Folgen für die Abnehmer in anderen Republiken.

3. Fast alle Republiken sind auf Energieträgerlieferungen aus Rußland angewiesen, die Mehrzahl besitzt kaum nennenswerte Rohstoffvorkommen. Rußland verfügt über alle Energieträger und die wichtigsten Rohstoffe; ebenso sind Kasachstan und die Ukraine rohstoffreiche Länder. Natürliche Bedingungen und zentrale Entscheidungen in der Union haben einseitige Produktions- und Handelsstrukturen hervorgebracht. Sinkende Förderleistungen und unzureichende Verarbeitungskapazitäten in Rußland führten zum Beispiel in der Ukraine und anderen Republiken zu Energiemangel und Produktionseinschränkungen. Die industrielle Produktion der Republiken ist völlig auf den Binnenmarkt ausgerichtet.

4. Die Verfügbarkeit über Rohstoffe, die einseitigen Produktionsstrukturen und die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse führen dazu, daß im Prinzip nur durch den Rohstoffexport, insbesondere von Erdöl und Erdgas, konvertierbare Devisen erwirtschaftet werden konnten und können. Äußerst einseitige Exportstrukturen und ein vielseitiger Importbedarf zwangen bei Fehlen eines Devisenmarktes zur zentralen Devisenverteilung. Das Devisenproblem wird durch die Außenhandelszahlen per 30. 9. 1991 deutlich. Nur Rußland hatte einen positiven Handelssaldo; bei allen anderen Republiken überstiegen die Importe die Exporte. Dieses Problem setzt sich in der

Zukunft fort und wird zu größten Schwierigkeiten in der Mehrzahl der Republiken bei einer bevorstehenden Tilgung einer anteiligen Schuldenquote und der Bezahlung lebensnotwendiger Importe führen.

5. In der sowjetischen Wirtschaft wurden die Preise in der Einheit mit anderen Steuerungsgrößen wie Investitionen, Einkommen und Haushaltsumverteilungen, zentral festgesetzt. Typisch sind im internationalen Vergleich zu niedrige Rohstoff- und Materialpreise und bedeutend überhöhte Preise für Fertigwaren. Diese Tendenz wurde durch die Preisveränderungen im Jahre 1991 nicht aufgehoben. Die Preisdifferenzen des innersowjetischen Austausches gingen auf Grund der Rohstofflieferungen im wesentlichen zu Lasten der Russischen Republik. Bei Anwendung von international vergleichbaren Preisen zeigen sich nicht zu übersehende Probleme für fast alle Republiken. Nach Variantenrechnungen des Preiskomitees beim Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Rußlands zur Preisgestaltung des Handels zwischen den Republiken würde bei Anwendung von Weltmarktpreisen und einem Kurs von nur 1,80 Rubel je Dollar (kommerzieller Kurs) bei den wichtigsten 35 Warenarten gemäß den Regierungsverträgen für 1991 für Rußland eine Verbesserung des Handelssaldos von ca. 33 Milliarden Rubel eintreten. Die anderen Republiken hätten erhebliche Negativsalden.

Das Hauptproblem der auf Initiative der Russischen Föderation von sechs Staaten der GUS (Russische Föderation, Aserbaidshan, Armenien, Weißrußland, Moldova, Ukraine) beschlossenen Preisfreigabe ab 2. Januar 1992 und der Neugestaltung der Preise im Handel zwischen ihnen besteht aber darin, daß diese Preisveränderungen erstmalig zu neuen Produktionsstrukturen zwingen werden. Diese Maßnahme wird in Abhängigkeit der begleitenden Bedingungen zur schnellen Einstellung vieler Produktionen und zum Zusammenbruch jahrelanger Produktionskooperationen führen. Veränderungen in den Kooperationsbeziehungen werden insbesondere in den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten Mittelasiens und Transkaukasiens zur Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Spannungen führen. Eine drastische Erhöhung der Arbeitslosenzahlen ist selbst in industriell entwickelten Gebieten wahrscheinlich.

Die von sechs Staaten beschlossenen Preisveränderungen werden die anderen Staaten der GUS (Kasachstan, Kyrgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) ebenfalls zu Veränderungen ihres Preisniveaus, zu einer neuen Einkommenspolitik, zu währungspolitischen Maßnahmen oder zur Unterbrechung des freien Warenflusses zwischen den Staaten zwingen.

6. Eine an zentralen Maßstäben orientierte Investitions- und Regionalpolitik führte zu einem ganz unterschiedlichen Industrialisierungsniveau. Das differenzierte Niveau der Produktion, der Effizienz und des Beschäftigtengrades bestimmt auch die Einkommensverhältnisse. Bis 1989 entsprach die Vergütung in der Tendenz der Produktivität

tätsentwicklung. Die baltischen Republiken, Weißrußland und Rußland waren bei den Einkommen Spitzenreiter. Zerbrechende Kooperationsbeziehungen treffen besonders die wirtschaftlich schwachen asiatischen und kaukasischen Republiken.

7. Der politische Zerfall der Union war begleitet vom Kampf zwischen den Republiken und dem Zentrum auf dem Gebiet der Währung, der Geld- und Kreditpolitik, der Steuern und des Haushaltes, der Preise und Einkommen. Steigende Preise und Einkommen in den Republiken wurden neben den Ausfuhrverboten zu Instrumenten des Schutzes des eigenen nationalen Marktes. Die außerdem in einzelnen Gebieten Rußlands vorgenommenen bzw. vorgesehenen Preisveränderungen führen zum weiteren Ausufern des Geldumlaufes und einer völlig unterschiedlichen Binnenkaufkraft des Rubels. Der Erhalt eines Rubelwährungsgebietes scheint ohne eine einschneidende Geldreform nicht mehr möglich. Bei einem Zerfall des einheitlichen Rubelwährungsgebietes ergeben sich zusätzliche Probleme für die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

Die in Alma Ata erzielte Übereinkunft über die Anwendung des Rubels im Rahmen der GUS ist bereits hinfällig geworden. In der Ukraine werden die ersten mehrfach verwendbaren Kupons als Ersatz für den Rubel in Umlauf gebracht.

8. Die positive Lösung der Probleme beim Zerfall der Union verlangt von seiten der Republiken politische Weitsicht und teilweisen Verzicht auf eine vollendete nationale Souveränität. Ein besonderes Gewicht hat die Haltung der politischen Kräfte Rußlands.

Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Ergebnissen 1991

Im Jahre 1991 ist eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Verfalls der Sowjetunion und ihrer Unionsrepubliken zu verzeichnen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Republiken und Regionen sowie zwischen den verschiedenen Branchen befinden sich in einem Prozeß zunehmender Auflösung. Das durch Wirtschaftsverträge gesicherte Auftragsvolumen wird immer geringer. Damit sinken die Möglichkeiten einer systematischen Produktionsvorbereitung und -durchführung. Die Diskontinuität der Produktion wird auch erhöht durch eine Verschlechterung der Disziplin bei der Erfüllung abgeschlossener Wirtschaftsverträge.

Die vergeblichen Versuche zur Überwindung der katastrophalen Lage im Geld- und Finanzsystem führten 1991 zu einer weiteren Verschlechterung der Situation. Damit werden alle konstruktiven Ansätze zur Überwindung der Wirtschaftskrise von vornherein zur Wirkungslosigkeit verdammt.

Das Bruttosozialprodukt ging im 1. Halbjahr 1991 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zehn Prozent zurück. Danach beschleunigte sich der Rückgang. In der Abrechnung für den Zeitraum Januar bis September wird er mit zwölf Prozent ausgewiesen. Da sich die

vorhandenen Probleme im letzten Quartal dieses Jahres zugespitzt haben, muß für das Jahr 1991 insgesamt mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts der Union um 14 Prozent gerechnet werden.

Einschätzung der wirtschaftlichen Hauptindikatoren 1991

(Veränderungen zum Vorjahr zu vergleichbaren Preisen in Prozent)

Bruttosozialprodukt	-14
gesamtwirtschaftliche Produktivität	-14
Industrieproduktion	-8
Produktion der Landwirtschaft	-10
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	-16
Verbrauch an Waren und Dienstleistungen durch die Bevölkerung	-20
Ausfuhren	-33
Einfuhren	-41

Wesentlich verschärft hat sich im Verlauf des Jahres 1991 die Krise des Finanz-, Preis- und Geldsystems. Das Defizit des Staatsbudgets der Union verdoppelt sich gegenüber dem Vorjahr und wird zum Jahresende 120 Milliarden SU-Rubel erreichen. Im Zeitraum Januar bis September betrugen die Einnahmen nur 40 Prozent der für diesen Zeitraum im Haushaltsplan vorgesehenen Summe. Der entsprechende Anteil der Ausgaben belief sich auf fast 70 Prozent. Hinzu kommen große Defizite in den Haushalten der Republiken.

Die innere Staatsverschuldung, die am Jahresanfang 1991 bei 560 Milliarden SU-Rubel lag, wird zum Jahresende (unter Berücksichtigung der Kompensationen für die Spareinlagen der Bevölkerung) die Schwelle von 1 Billion SU-Rubel übertreffen.

Der Nettogewinn der Betriebe hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1991 um knapp 30 Prozent erhöht. Real ist er aber gegenüber dem Vorjahr um 60 Prozent zurückgegangen, da sich die Preise für Fertigerzeugnisse und Materialien in diesem Zeitraum verdoppelten. Bis Jahresende muß damit gerechnet werden, daß der Zuwachs des Nettogewinns zurückgeht – insbesondere aufgrund einer zu erwartenden Lohnexplosion. Die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse steigen ebenfalls. Ergebnis ist eine Senkung des realen Nettogewinns der Betriebe von bis zu 10 Punkten gegenüber 1990. Fehlende finanzielle Mittel beeinträchtigen die Möglichkeiten der Betriebe zur Durchführung dringend notwendiger Generalreparaturen und noch stärker die von Erweiterungsinvestitionen.

Die Geldeinnahmen der Bevölkerung erhöhten sich im ersten Halbjahr 1991 um 43,1 Prozent und in den ersten drei Quartalen dieses Jahres bereits um 69 Prozent (allein im III. Quartal steigen sie auf das 2,2fache). Für das Jahr insgesamt muß damit gerechnet werden, daß sich die Geldeinnahmen der Bevölkerung mehr als verdoppeln. Aufgrund der deutlichen Verringerung des Warenangebotes ist damit zu rechnen, daß der Einzelhandelsumsatz zu vergleichbaren Preisen gegenüber 1990 um mehr als 20 Prozent zurück-

geht. Die Geldausgaben der Bevölkerung wachsen deshalb wesentlich langsamer, so daß die Spareinlagen sprunghaft ansteigen.

Der Index der Einzelhandelspreise betrug im September 1991 gegenüber September des vergangenen Jahres 203 Prozent. In Abhängigkeit vom Tempo bei der Umsetzung der angekündigten Beschlüsse zur Liberalisierung der Preise wird dieser Index im Dezember zwischen 250 und 400 liegen.

Die Lage auf dem Verbrauchsgütermarkt spitzte sich 1991 weiter zu. Die Produktion von Nahrungsmitteln ging bis September um 8,3 Prozent zurück; zum Jahresende wird der Rückgang mehr als 10 Prozent betragen. Auch bei non-food-Erzeugnissen gibt es Einbrüche in der Produktion und im Angebot. (...)

Im Jahre 1991 wird in der Sowjetunion eine Getreideernte von 160 Millionen Tonnen und damit ein Rückgang von über 25 Prozent gegenüber 1990 erwartet. Stark zurückgegangen ist der Verkauf von Getreide an staatliche Fonds. Bis zum 7. 10. 1991 wurden 35,9 Millionen Tonnen, das heißt 14 Prozent weniger als im Vorjahr, vom Staat aufgekauft.

Anfang Oktober war ein großer Teil der landwirtschaftlichen Fläche noch nicht abgeerntet: 18 Prozent der angebauten Kartoffeln, 47 Prozent des Gemüses, 52 Prozent der Zuckerrüben. Auch hier werden die Verluste im Vergleich zu 1990 weiter ansteigen. Dazu kommen Verluste bei Transport und Lagerung der Nahrungsmittel.

Zusätzliche Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln bereiteten 1991 die zunehmenden Störungen im Austausch zwischen den Republiken und Regionen, insbesondere bei Fleisch, Milch, Eiern, Zucker und Pflanzenfetten. Die Zuckerversorgung kann in der überwiegenden Mehrheit der Republiken nicht einmal mit Gutscheinen gesichert werden. Butter und Margarine waren im September vollständig aus dem Angebot in den Geschäften verschwunden. Schwierigkeiten gibt es in der Brotversorgung.

Der 1990 einsetzende Rückgang der Industrieproduktion der Sowjetunion verstärkte sich 1991 deutlich. Betrug er im ersten Halbjahr noch 5 Punkte, so werden es 1991 insgesamt mehr als 8 sein. Schwerwiegende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hatte der Produktionsrückgang in der Brennstoffindustrie.

Beispiele für den Produktionsrückgang in der Brennstoffindustrie im Zeitraum Januar bis September 1991 (Veränderungen zum Vorjahreszeitraum in Prozent):

Elektroenergie	-2
Erdöl	-10
Kohle	-11
(...)	

Zunehmend rückläufig ist 1991 auch die Produktion von Baumaterialien (8-10 Prozent) und die Produktion der Holzverarbeitenden Industrie (10-15 Prozent).

Aufgrund wachsender Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung und der Zerstörung traditioneller Kooperationsbeziehungen gingen die Produktionsleistungen des Maschinenbaus 1991 empfindlich zurück, insgesamt um mehr als 10 Punkte. Schwerwiegende Folgen hat die Reduzierung der Lieferungen der Maschinenbauer an andere Zweige der Wirtschaft. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1991 betrug sie bei Lokomotiven, Baggern und Bulldozern 25 Prozent, bei Werkzeugmaschinen 18 Prozent. Die Produktion von Traktoren und Getreidekombines fiel um 12 beziehungsweise 11 Prozent, die von Lastkraftwagen um 13 Prozent. Die Reduzierung der Lieferungen ist mit negativen Folgewirkungen in der Landwirtschaft, dem Transport- und Nachrichtenwesen sowie in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie verbunden.

Dramatisch ist im Jahre 1991 die Entwicklung des sowjetischen Außenhandels. Die Krise der Wirtschaft mit ihren Auswirkungen auf die Brenn- und Rohstoffindustrie, aber auch die übergangslose Abschaffung der Sonderbedingungen im Handel der ehemaligen RGW-Länder sind die wichtigsten Gründe für die Reduzierung sowjetischer Ausfuhren um ein Drittel gegenüber 1990. Der Export von Erdöl als Hauptposten sowjetischer Ausfuhren geht von 127 Millionen Tonnen 1989 auf voraussichtlich 45 Millionen Tonnen 1991 zurück. Die Ausfuhrquote fällt von 21 auf acht Prozent.

Rückläufige Ausfuhren und schwindende Kreditwürdigkeit engten die Importmöglichkeiten drastisch ein. 1991 wurden die Einfuhren trotz weiterer Lebensmittelimporte auf Basis zusätzlicher Sonderkredite um mehr als 40 Prozent gekürzt. Davon betroffen waren auch wichtige Materialien und Zulieferungen für das Verarbeitende Gewerbe, insbesondere die Leicht- und die chemische Industrie. Weitere Störungen im Produktionsrhythmus der betroffenen Branchen sind vorprogrammiert.

1991 wird es nach der ungünstigen Entwicklung in den Jahren 1989 und 1990 erstmals wieder gelingen, einen Außenhandelsüberschuß zu erwirtschaften. Da dieser Saldo aber kaum größer als fünf Milliarden DM sein wird, für den Schuldendienst aber eine Summe von 25 bis 30 Milliarden DM erforderlich ist, wird sich das Tempo der äußeren Verschuldung der Union noch weiter erhöhen. Die Außenschuld der Union stieg von 60 Milliarden US-Dollar Ende 1990 bis Ende Oktober auf ca. 70 Milliarden US-Dollar und wird für das Jahr 1991 insgesamt eine Größe

von voraussichtlich 70 bis 80 Milliarden US-Dollar erreichen.

Am Außenhandel sind die ehemaligen Republiken sehr unterschiedlich beteiligt. Im Jahre 1991 wird noch deutlicher, daß Rußland die beste Position einnimmt. Im Jahr 1991 kommen auf Rußland über 80 Prozent der Gesamtausfuhren der Union (ohne Berücksichtigung der baltischen Republiken). Bei den Einfuhren hat Rußland einen Anteil von weniger als 60 Prozent und realisiert damit einen beträchtlichen Handelsüberschuß. Alle anderen Republiken haben 1991 eine negative Handelsbilanz. Ihr Anteil an den Einfuhren der Union ist bedeutend höher als der an den Ausfuhren.

Ausblick auf das Jahr 1992

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1991 werden noch keine Grundlagen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage im Verlaufe des Jahres 1992 geschaffen. Zu erwarten ist, daß sich der wirtschaftliche Niedergang der ehemaligen Republiken 1992 fortsetzen wird. Dabei bleibt offen, ob die Dynamik dieses Niederganges erhalten bleibt oder ob er noch weiter beschleunigt wird. Offen bleibt auch, ob es im Jahre 1992 gelingt, die ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Grundlagen für eine Stabilisierung und einen neuen Aufschwung in den Folgejahren zu schaffen.

Auch bei günstigen politischen Rahmenbedingungen ist die Schaffung aller für eine Marktwirtschaft erforderlichen Voraussetzungen in den ehemaligen Republiken kurzfristig nicht zu gewährleisten. 1992 wird auf jeden Fall ein Übergangsjahr, in dem sich die Wirtschaftspolitik nicht auf selbstregulierende Kräfte des Marktes verlassen darf. Pessimistisch beurteilt werden müssen die Chancen einer zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken abgestimmten Wirtschaftspolitik zur weitgehenden Gesundung des Finanz- und Geldsystems der Gemeinschaft, da die einzelnen Republiken politisch kaum bereit sind, eine starke Zentralbank zu akzeptieren. Deshalb wird eine finanzielle Gesundung eher dezentral auf der Basis nationaler Währungsreformen erfolgen können.

Mit einem funktionierenden Finanz- und Geldsystem verbessern sich die Möglichkeiten für die Stabilisierung von Kooperationsbeziehungen, und die Vertragsdisziplin kann gefestigt werden. Gelingt außerdem eine Eindämmung von Korruption, Amtsmissbrauch und Wirtschaftskriminalität, kann im

Laufe des Jahres 1992 eine gewisse „Normalität“ des Wirtschaftens erreicht werden und ein Interesse der Unternehmer, der Betriebe und der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Ergebnissen ihrer Tätigkeit entstehen bzw. wieder entstehen.

1992 kann unter der Voraussetzung, daß die oben genannte „Normalität“ des Wirtschaftens zunehmend hergestellt wird, die weitere Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Industriewaren und Dienstleistungen zumindest schwerpunktmäßig aufgehalten werden. Allein durch eine deutliche Senkung der hohen Verluste bei der Ernte, dem Transport und der Lagerung von Lebensmitteln kann eine wesentliche Verbesserung in der Versorgung mit Nahrungsmitteln erreicht werden.

Die zur Umstellung der Wirtschaft erforderlichen Strukturanpassungen und -veränderungen in der Landwirtschaft, dem Verarbeitenden Gewerbe und in den anderen Wirtschaftsbereichen wurden bisher kaum eingeleitet. Beim Übergang zu marktwirtschaftlichen Systemen sind sie aber nicht zu umgehen, auch nicht die mit ihnen verbundenen Anpassungskrisen, die durch Produktionsrückgang, Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und schrittweisen Wiederaufbau gekennzeichnet sind. Da 1992 mit dem Beginn derartiger Strukturanpassungen zu rechnen ist, muß erwartet werden, daß der Rückgang des Bruttosozialprodukts und der Industrieproduktion nicht geringer ausfällt als 1991. Neue, bisher nicht gekannte Ausmaße, kann die Zahl der Arbeitslosen erreichen.

Bei Einschätzungen der mittel- und längerfristigen Aussichten der Wirtschaft muß davon ausgegangen werden, daß die Russische Föderation, die Ukraine und einige andere jetzt unabhängige Staaten der ehemaligen Sowjetunion reich an Bodenschätzen sind, überwiegend günstige klimatische Bedingungen haben und über ein Arbeitskräftereservoir mit guter Grundausbildung und Erfahrungen in der industriellen Großproduktion verfügen. Das sind Grundlagen für gute Entwicklungschancen, die nach Überwindung der zentralistischen Planwirtschaft und bei voller Wirksamkeit der neuen, marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik auch erfolgreich in der Wirtschaftspraxis wahrgenommen werden können. Weniger gut sind die Aussichten für einen wirtschaftlichen Fortschritt aus eigener Kraft für die rohstoffarmen Staaten Mittelasiens und des Kaukasus.

Aus: Sowjetunion 1980–1991. Bilanz der letzten Jahre, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1992, S. 139 ff.



Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Redaktion: Hannegret Homberg, Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Schüller. Redaktionsschluß: Juli 1992.

Manuskripte: Dr. Roland Götz, Dr. Uwe Halbach, Köln, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Kartographie: Joachim Zwick, Gießen (S. 3, 11, 12/13).

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck, Karlstraße 35, 8000 München 2. Druck: Bruckmann, München.